

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

17/2008 · 21. April 2008



## 60 Jahre Israel

*Avram Kantor*

Ich bin Israeli

*Fania Oz-Salzberger*

Die Zukünfte der israelischen Gesellschaft

*Gerald M. Steinberg*

Die Suche nach Sicherheit

*Idith Zertal*

Sünde und Strafe: Israel und die Siedler

*David Witzthum*

Israels Medien in Zeiten der Not

*Anthony Kauders*

Die westdeutschen Juden und der Staat Israel

## Editorial

Unmittelbar nach dem Abzug der Briten und der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 begann mit Angriffen arabischer Armeeverbände aus sechs Ländern der Unabhängigkeitskrieg. Auch nachdem Israel 60 Jahre lang Krieg und Terror widerstanden hat, wird seine staatliche Existenz in Frage gestellt: durch Terroranschläge von Islamisten und durch fortgesetzte Drohungen aus dem Iran. Zunehmende Zersplitterung kennzeichnet die israelische Gesellschaft. Aufgrund der absehbaren demographischen Entwicklung könnten die jüdischen Israelis zur Minderheit zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan werden.

Die Hoffnungen auf Frieden nach dem Oslo-Abkommen von 1993 und der Einrichtung der palästinensischen Selbstverwaltung waren trügerisch. Der mühevoll in Gang gesetzte Friedensprozess ist erstarrt. Die Streitpunkte sind seit Jahr und Tag dieselben: die endgültigen Grenzen des Staates Israel (und eines möglichen palästinensischen Nachbarstaates), die Zukunft Jerusalems, der (Aus-)Bau jüdischer Siedlungen in den seit dem Sechstagekrieg 1967 besetzten Gebieten und ein „Rückkehrrecht“ für die bis heute in ihren arabischen Gaststaaten kaum integrierten Flüchtlinge von 1948/49.

Doch zum israelisch-palästinensischen Dialog gibt es keine Alternative. Bei diesem Dialog kommt der Europäischen Union und Deutschland eine wichtige Rolle zu. Von „besonderen, einzigartigen Beziehungen“ Deutschlands zu Israel, „mit immerwährender Verantwortung für die Vergangenheit, mit gemeinsamen Werten, mit gegenseitigem Vertrauen, mit großer Solidarität füreinander und mit vereinter Zuversicht“, sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer historischen Rede vor dem israelischen Parlament, der Knesset, im März 2008.

*Hans-Georg Golz*

Avram Kantor

# Ich bin Israeli

## Essay

Es wäre mir nie in den Sinn gekommen, dass ich schon allein durch mein Aussehen als Israeli identifiziert werden könnte – bis zu dem Tag, als der Fahrer eines vorbeifahrenden Autos in Rom den Kopf aus dem Fenster steckte und mir auf Hebräisch zurief: „Aus welchem Kibbutz?“ Er fragte nicht, ob ich Israeli sei oder ob ich Hebräisch spreche – das war für ihn offensichtlich. Ich war darüber sehr erstaunt, aber bevor ich antworten konnte, war er verschwunden. Ich stand mit

**Avram Kantor**

Geb. 1950; Verleger, Übersetzer und Autor; Hakibbutz Hameuchad, Sifriat Poalim Publishing

Group, P.O. Box 1432, Bnei-Brak/Israel.

offenem Mund auf der Straße. Wie zum Teufel konnte er wissen, dass ich Israeli bin? Nach diesem Tag entdeckte ich, dass auch ich Israelis, besser: „uns“, mühelos identifizieren kann. Ich habe ebenfalls herausgefunden, dass diese Fähigkeit vor allem eine israelische ist. Zwar können auch Menschen anderer Nationalität „uns“ identifizieren, aber nicht so leicht und nicht auf derart hervorragende Weise.

Als ich einige Jahre später aus der Alten Pinakothek in München kam, bestand ein iranisch aussehender Typ darauf, mich auf Persisch anzusprechen. Als er endlich erkannte, dass ich ihn wirklich nicht verstand, fragte er mich mit den vermutlich einzigen deutschen Worten, die er kannte: „Wo ist Mosche?“ Ich sagte ihm in klarem Deutsch, dass ich keinen Moschee kenne, und bat ihn, mich nicht weiter zu verfolgen, aber er fragte mich immer und immer wieder: „Wo ist Mosche?“

Als mein Gastgeber die Geschichte hörte, schüttete er sich aus vor Lachen. Er erklärte mir, dass der arme Mann offenbar nur eine Moschee gesucht habe. Weil ich dieses deutsche Wort noch nie zuvor benötigt hatte, wusste ich nicht, dass *mosque* auf Deutsch „Moschee“ bedeutet und dass es ähnlich aus-

gesprochen wird wie der hebräische Vorname Moshe (Moses). Immerhin stand eines fest: Selbst als der Mann erkannt hatte, dass ich kein Iraner war, war er sich sicher, dass ich Moslem bin; er konnte es sich nicht vorstellen, dass ich Jude bin oder Israeli.

Bei einer anderen Gelegenheit erkannte ich dieselbe „Identitätsverwirrung“. Ich war mitten auf einer lauten Kreuzung zwischen Darmstadt und Frankfurt mit meinem Auto liegengeblieben. Der Fahrer eines Lastwagens war gezwungen, die Straße zu verlassen, um passieren zu können, steckte seinen Kopf aus dem Fenster und schrie: „Dreckiger Türke!“ Die Assoziationen, die diese Beleidigung seitens eines fetten, blonden Lastwagenfahrers in Deutschland in mir weckte, sind hier irrelevant. Er hatte mich als jemand mit semitischem Ursprung erkannt, nicht aber als Israeli.

Zwei Wochen später, zurück in Israel, gab es Spannungen an der Nordgrenze, und ich wurde zum Reservedienst bei der Armee eingezogen. Ich musste meine Einheit zu ihrem Stützpunkt führen. An einer Kreuzung fuhr ich mit meinem Jeep an den Straßenrand, um den Truppenteilen den Weg zu erklären. Wie an der Kreuzung bei Darmstadt schrie ein dunkelhäutiger Lastwagenfahrer in meine Richtung: „Dreckiger Kibbutznik!“ Hinsichtlich des Rassismus gibt es keinen Unterschied zwischen dem Blondem und dem Dunkelhäutigen, aber Letzterer war „einer von uns“, ein Israeli. Er erkannte mich als Kibbutznik, obwohl ich dieselbe Uniform wie alle anderen trug. Und wieder stellte ich mir die Frage: „Wie zum Teufel konnte er mich erkennen?“

Ich betrachtete mich im Spiegel und versuchte verzweifelt, die verborgenen Identitätshinweise zu entdecken, die anderen offenbar so auffielen. Im Gesicht sah ich keinerlei herausragende Züge, aber ich war erstaunt, wie tief sich mein israelischer Charakter in meine Haut und mein Fleisch eingegraben hat, und das nicht einmal in der sichtbarsten Weise. Je länger ich in den Spiegel schaute, desto mehr erkannte ich, wie die nationalen Ereignisse auf subtile, aber unmissverständliche Weise meinem Privatleben ihren Stempel aufgedrückt hatten.

Übersetzung aus dem Englischen: Hans-Georg Golz, Bonn.

Nur sehr dramatische historische Ereignisse können in das Privatleben vordringen, und wenn das geschieht, handelt es sich meist um eine sehr mächtige Kraft. Ich war tief beeindruckt davon, wie die Geschichte des Staates Israel nicht nur in mein privates Leben eingegriffen und sehr viel davon bestimmt hat, sondern wie sehr sie auch Spuren auf meinem Körper hinterlassen hat und zum Teil meiner Identifikation nach außen geworden ist. Weil die Male auf meiner Haut keine Daten tragen, werde ich sie nun gemäß ihres Fundortes aufzählen, und zwar vom Kopf bis zum Zeh.

Meine schwarzen Haare bedecken auf der rechten Seite meiner Stirn eine bleiche Linie, deren Ende nur bei einem Kurzhaarschnitt sichtbar ist. Diese Narbe ist das Überbleibsel von sechs Stichen, die eine Schnittwunde geschlossen haben. Eines Morgens im Juni 1967 gruben wir Schützengräben gegen Luftangriffe, als plötzlich ein riesiger irakischer Bomber über uns aufheulte und schwarze Rauchwolken ausstieß, bevor er auf dem Feld zerschellte. Mein Geschichtslehrer, der einige Schritte von mir entfernt arbeitete, riss seine Hacke vor Schreck hoch in die Luft und schnitt diese Narbe unabsichtlich in meine Stirn.

Nur wenige Zentimeter von diesem Mal entfernt dekoriert eine runde Narbe meine rechte Augenbraue – ein Andenken an die Tage, als die gesamte Oberfläche des neuen und sich rasch entwickelnden Staates mit Gräben für Bewässerungssysteme überzogen wurde. Wir Kinder entdeckten sehr rasch das Karbid, eine Chemikalie, die zum Schweißen von Wasserrohren genutzt wurde; sie hatte die Kraft, kleine Blechbüchsen in die Luft zu katapultieren, sobald sie mit Wasser in Berührung kamen. Eine kleine Büchse, die einfach nicht in die Luft gehen wollte, entschied sich dann doch dazu, just in dem Moment, als ich mich über sie beugte, um nachzusehen. So drückte sie die intensive Entwicklung des Landes als runde Form auf meine Stirn.

Auch meine linke Augenbraue ist nicht unangetastet geblieben. Eine kleine Delle über der Braue verstärkt meinen ernststen Gesichtsausdruck; sie ist der lebende Beweis für das Scheitern des syrischen Versuchs, mich und den gesamten Staat Israel im Oktober 1973

auszulöschen. Es war keine heldenhafte Geschichte des Krieges, eigentlich habe ich diese Narbe nicht verdient, denn man hat sie mir umsonst verliehen. Ich beobachtete ziemlich ruhig die Bewegungen der Kampfparteien im Tal unterhalb unseres Stützpunktes, als plötzlich die Welt zu explodieren schien. Der Schmerz kam erst lange, nachdem ich verstand, was geschehen war. Das Ereignis versah mich mit weiteren Narben, die sich unter meinem Bart verstecken, auf meiner Schläfe, auf meinem Hals und unter den silbrigen Haaren auf meiner Brust – Früchte der durchdringenden Metallsplitter, Souvenirs der syrischen Armee. Alle diese Zeichen sind bedeckt und fast gar nicht mehr sichtbar, aber ein Splitter hat ein Grübchen in meine linke Wange gedrückt, man sieht es nur, wenn ich lächle. Ironischerweise berechtigt mich dieses Grübchen, das sich mitten in meinem Gesicht festgesetzt hat, nicht zur Entschädigung durch das Verteidigungsministerium, weil der medizinische Ausschuss der Meinung war, es handele sich nicht um eine entstellende Narbe. Immerhin erhalte ich für sie viele Komplimente, und sie verleiht mir die besondere Gabe der Wettervorhersage, signalisiert sie mir doch jeden bevorstehenden Sturm.

Ein weiteres Zeichen ist ein granatapfelroter Fleck im Weiß meines rechten Auges. Er entstellt mich nicht und hat keinerlei Zauberkraft, er ist einfach nur rot. Er verweist auf einen winzigen Splitter einer Bazooka-Rakete, die an einem sehr hellen, schönen Winternachmittag in den 1970er Jahren von der anderen Seite des Jordan aus einem palästinensischen Hinterhalt auf uns abgefeuert wurde. Wir beobachteten die Vögel, wie sie im dicken Schilf am Flussufer brüteten; die Palästinenser beobachteten uns und warteten auf den besten Moment zum Zuschlagen.

Ich nehme an, dass die blumenartigen Narben auf meinen Schultern, die zahllose Impfungen in den 1950er Jahren hinterlassen haben, keinesfalls typisch israelisch sind. Doch bei uns war die Furcht vor schrecklichen Seuchen aus weit entfernten Ländern sehr real, denn viele Kinder aus der ganzen Welt kamen nach Israel, und „wer weiß, was sie alles einschleppen?“ Wenn man allein nach der Anzahl der Impfnarben urteilt, könnte man glauben, dieses Ritual sei nicht allzu häufig geschehen. Aber die langen Schlangen von Kindern, die mit freier Schul-

ter vor den alten britischen Kasernengebäuden mit den runden Blechdächern, die nun als Klassenzimmer dienten, warteten, um von der Schulkrankenschwester geimpft zu werden, ist ein Bild, das sich mir tief eingepägt hat, so, als ob es ein wöchentliches Ritual gewesen ist.

Kleine, sehr glatte, weiße Hautflecken an meiner Kehle dokumentieren die Findigkeit eines Psychiaters, der als Reservearzt in einem Feldlazarett Dienst tat. Ich fiel mit gerissener Luftröhre auf dem Weg zur medizinischen Behandlung in einem Krankenhaus in seine Hände, verursacht durch die bereits erwähnte syrische Granate. Er behielt klaren Kopf und war umsichtig genug, mir einen alternativen Zugang zur Luftversorgung einzurichten. Innerhalb weniger Tage konnte ich wieder durch den Mund atmen, und die Notöffnung wurde entfernt, aber seine Spuren werden für immer meinen Halsansatz schmücken.

Ein rundes und ähnlich glattes Mal auf der Rückseite meiner rechten Hand bezeichnet einen Gruß, den mir ein ägyptischer Heckenschütze von der Westseite des Suezkanals am Ende der 1960er Jahre schickte – in jenen Tagen, als sich die beiden Armeen am Kanal gegenüberlagen und sich erfolglos darum bemühten, die Gegenseite zu erschöpfen. Glücklicherweise war die Kugel wohl erschöpfter als der Heckenschütze oder als ich, denn die Entfernung war zu groß, und so begnügte sie sich mit einem Kratzer auf meinem Handrücken.

Ein Finger meiner rechten Hand wurde durch einen Munitionsrest der israelischen Armee verkürzt. Ich wusste nicht, worum es sich dabei handelt, aber das Teil hatte eine hübsche Feder, die man leicht hineindrücken konnte und die ebenso leicht wieder heraustrat. Ich dachte mir, das könnte ein schönes Spielzeug sein, und wollte es meinem kleinen Cousin schenken. Gott sei Dank spielte ich weiter, und es gelang mir, fest genug zu drücken, um den Zünder zu betätigen.

Wer das Vergnügen hat, meinen Rücken zu betrachten, kann die lange rote Linie nicht verfehlen. Sie hat ein Ast eines Maulbeerbaumes hinterlassen, der meinen Sturz aus dem Baumwipfel aufhielt, als ich mich bemühte, süße, schwarze Maulbeeren zu pflücken und

der dünne Zweig, auf dem ich stand, brach. Ich würde wohl heute noch auf diesem Zweig zwischen Himmel und Erde hängen, wenn sich unser Nachbar Hawaga Elias nicht beeilt hätte, eine Leiter zu holen, mich von dem Ast zu heben und meine zitternden Füße auf den Boden zu setzen. Ich schulde Hawaga Elias großen Dank, nicht nur, weil er mich wieder auf die Füße gestellt hat, sondern vielleicht noch mehr für die plötzliche Erkenntnis, dass ein Mensch gut sein kann, selbst wenn er Araber ist.

Jeder Metalldetektor auf allen Flughäfen dieser Welt schlägt Alarm, wenn ich ihn passiere. Denn metallene Souvenirs von fast allen Armeen des Nahen Ostens sind unter meine Haut gepflanzt. Das ist das gemeinsame Ergebnis aller Armeen, die Sprengstoff in Israel und den angrenzenden Gebieten benutzen.

Das wären die Besonderheiten meines Körpers. Ich erinnere mich an alle Ereignisse, die diese Male verursacht haben, aber die meisten würde ich viel lieber vergessen. Andere sehr dramatische Ereignisse, die ich nie vergessen werde, haben keine Zeichen auf meinem Körper hinterlassen, etwa die Friedensverträge mit Ägypten und Jordanien. Es scheint, als ob nur die hässliche Seite der Geschichte fähig ist, Male auf einem Körper zu hinterlassen.

Wie Sie sehen, hat keines dieser Zeichen den rassistischen Lastwagenfahrern dabei geholfen, mich zu identifizieren. Ich bin ein jüdischer Israeli, und wie ich es beschrieben habe, ist dieser Umstand eingebraunt in meinen Körper. Aber ich kann Ihnen noch immer nicht erklären, wie das andere Israelis so rasch, auf den ersten Blick, erkennen können.

Ich wurde fünf Jahre nach dem Ende Zweiten Weltkriegs geboren, und fast drei Jahre nach Gründung des Staates Israel. Meine Eltern nannten mich Avraham, nach meinem Großvater, Adolf. Als ich zwölf wurde, schnitt man mir das „h“ aus dem Namen, als Zeichen der Abwendung von Gott, und ich wurde zu Avram. Das ist gut. Wer weiß, wie meine Reaktion auf die Frage des Iraners ausgefallen wäre, hätten meine Eltern mich Moshe genannt.

Fania Oz-Salzberger

## Die Zukünfte der israelischen Gesellschaft

Vorhersagen sind ein riskantes Geschäft, umso mehr, wenn es um Israel geht. Gemäß der jüdischen Tradition ist die Gabe der Prophezeiung seit der Zerstörung des Tempels den Narren vorbehalten.<sup>1</sup> Im neuzeitlichen Verständnis wird Futurismus entweder dem Reich der Phantasie und der Fiktion zugeschrieben, oder er steht für einen Zweig der Sozialwissenschaften. Ich gehöre keiner der beiden Lehrmeinungen an. Daher ist die folgende Exkursion in die Zukunft, oder eigentlich müsste man sagen die *Zukünfte*, der israelischen Gesellschaft genau

genommen ein Versuch, die Gegenwart zu kommentieren.

Israel hat viele Zukünfte. Welche davon Gestalt annehmen wird, hängt von globalen, regionalen und lokalen Entwicklungen ab, von denen manche einigermaßen vorher-sagbar, andere unvor-

hersagbar sind. In gewissem Maße hängt Israels Zukunft natürlich von den Israelis ab, obwohl es unmöglich ist, dieses Maß zu benennen. Dennoch ist die Verantwortung der Israelis für ihre gemeinsame Zukunft ein faszinierenderes Thema als, beispielsweise, die entsprechende Verantwortung der Schweden. Wegen seiner sensiblen, komplizierten und einzigartigen globalen, regionalen und lokalen Situation kann in Israel die Rolle der Staatsbürger als Individuen oder als Kollektiv von entscheidender Bedeutung sein.

Es ist schwer vorstellbar, dass ein schwedischer Bürger die Zukunft seines Landes tief greifend verändert, indem er einen politischen Mord begeht. Im September 2003 wurde die schwedische Außenministerin Anna Lindh erschossen. Das war ein schreckliches Verbrechen, eine menschliche Tragödie, die öffentliche Empörung auslöste, aber man wird kaum feststellen können, dass dieser Mord den Lauf

der schwedischen, skandinavischen oder europäischen Geschichte verändert hat.

Im Fall Israel ist das völlig anders. Im November 1995 schoss ein Jurastudent namens Yigal Amir, ein praktizierender Jude und zu tiefst idealistischer Nationalist, Premierminister Yitzhak Rabin dreimal in den Rücken. Amir veränderte die Geschichte Israels grundlegend und auf allen Ebenen: global, regional und lokal. Mit seiner Tat durchkreuzte er Rabins Bemühungen, ein Friedensabkommen mit den Palästinensern zustande zu bringen und israelische Geschichte zu schreiben. Sowohl Rabin als auch Amir taten, auf unterschiedliche Weise, alles, was in ihrer Macht stand, um als Individuen die Geschichte ihres Landes mitzubestimmen, und die Bedeutung ihres Handelns liegt darin, dass es unmittelbare Auswirkungen auf die sensible, völlig offene, auf dramatische Weise situationsabhängige Lage Israels hatte.

Meine Szenarien für die Zukunft der Israelis müssen solche Beispiele individueller menschlicher Intervention in den Lauf der Ereignisse unbedingt ausschließen. Aufgrund der großen *Trends*, die man aus diesem unerwartet aufgetretenen Fall herauslesen kann, ist es allerdings möglich, Aussagen über die Zukunft zu machen. Der Friedensprozess, dem sich Rabin verschrieben hatte, der Oslo-Prozess, ist bis heute fest in der israelischen Öffentlichkeit verankert. Amirs Entschlossenheit, diese Initiative zu stoppen, kam aus seinen rechtsradikalen religiösen Überzeugungen, und seine Tat ist daher vor allem in politischem und kulturellem Kontext zu sehen. Wir können unerwartete Einzelaktionen zwar nicht zur Gänze ergründen, aber die Tendenzen nachzeichnen, denen sie entspringen.

Heute ist Israel eine 60-jährige souveräne, liberale Demokratie, nach Eigendefinition ein jüdischer und demokratischer Staat. Es ist auf einem internationalen Konsens begründet, ratifiziert durch den UN-Beschluss aus dem Jahre 1947, obwohl sein Territorium seit dem

*Übersetzung aus dem Englischen: Doris Tempfer-Naar, Wien/Österreich.*

Dieser Beitrag ist Teil eines laufenden Forschungsprojektes, das von der German-Israeli Foundation for Scientific Research (GIF) gefördert wird.

<sup>1</sup> Vgl. Babylonischer Talmud, Traktat Baba Bathra, S. 12b.

**Fania Oz-Salzberger**  
DPhil (Oxon.), geb. 1960; Professorin, Leon Liberman Chair in Modern Israel Studies, Monash University, Melbourne/Australien; Senior Lecturer, Faculty of Law and School of History, University of Haifa, Mount Carmel, Haifa 31905/Israel.  
salzberg@research.haifa.ac.il

Sieg nach dem arabischen Angriff 1948 größer ist als seinerzeit von der UNO zugesprochen. Es wird von der großen Mehrheit der Mitglieder der internationalen Gemeinschaft anerkannt, unterhält strategische Partnerschaften mit wichtigen Weltmächten, darunter vor allem die USA und Deutschland, und ist durch formelle Handels- und Kooperationsabkommen mit bedeutenden internationalen Kräften, im Besonderen den USA und der EU, verbunden.<sup>12</sup> Israel hat die Last einer 41-jährigen Besatzung zweier Gebiete mit dichter palästinensischer Besiedlung zu tragen, in denen gegen den Willen der internationalen Gemeinschaft und selbst vieler Israelis jüdische Siedlungen gebaut wurden. Die Okkupation lässt sich nicht leicht rückgängig machen, in Anbetracht des palästinensischen Anspruchs auf das gesamte Land („Rückkehrrecht“), der gleichlautenden Forderung der jüdischen nationalen Rechten, die die Siedlerbewegung anführt, und des komplexen Status von Jerusalem.

Die Zukunftsperspektiven für den Staat Israel pendeln zwischen Wunschdenken und Alptraumscenario. Vom strategischen Standpunkt aus gesehen ist eine ganze Skala von Entwicklungen möglich, von einem erfolgreichen Abschluss der israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen, die Wohlstand und eine demokratische Entwicklung für die ganze Region ermöglichen, bis zu einem atomaren Angriff durch den Iran oder eine andere muslimische Instanz, einen Staat oder eine Organisation, der die teilweise oder totale Zerstörung Israels zur Folge hat. In der Grauzone dazwischen sprechen Szenarien von einem permanenten Kriegszustand oder periodischen Gewaltausbrüchen zwischen Israelis und Arabern über viele Jahre hinweg.

Vom religiösen Standpunkt aus gesehen (der für viele von Belang ist) könnte Israel ein starkes „Licht für die Nationen“ im jüdischen Sinne werden, oder aber ein für den Dschihad zurückgewonnenes Land für die Moslems, oder Schauplatz des Armageddon aus christlicher Sicht. Während sich gemäßigte religiöse

<sup>12</sup> Eine Übersicht über Israels internationale Abkommen und Mitgliedschaften gibt das Außenministerium: [www.mfa.gov.il/MFA/foreign%20relations/bilateral%20relations](http://www.mfa.gov.il/MFA/foreign%20relations/bilateral%20relations) (3. 4. 2008). Vgl. auch Efraim Karsh, *Israel: The First Hundred Years*, Bd. 4: *Israel in the International Arena*, London 2004.

Kräfte in unserer Generation für bescheidene und den Menschen eher entsprechende Zukunftsziele einsetzen, darf nicht vergessen werden, dass die großen eschatologischen Perspektiven zweier der drei großen monotheistischen Religionen – der Moslems und der Christen – radikal, endgültig und in höchstem Maße unvereinbar sind.

Wenden wir uns den möglichen Zukünften der israelischen *Gesellschaft* zu. Es geht mir nicht darum, strategische Vermutungen anzustellen oder einen messianischen Weg anzubieten, sondern die markantesten Richtungen unter den Israelis aufzuzeigen und zu überlegen, wohin diese Trends führen können.

## Nationalisierung

Unser erstes Szenario kann als „Nationalisierung der israelischen Gesellschaft“ bezeichnet werden. Es geht von der Möglichkeit aus, dass Israels religiöse Rechte andere soziale oder kulturelle Gruppen dominiert oder verdrängt und ihren Traum von einem größeren Israel, vielleicht auch den damit verbundenen von einem religiösen, jüdischen Israel auf Grundlage der Thora, verwirklicht.<sup>13</sup>

Eine Reihe weiterer erfolgloser Versuche, den israelisch-palästinensischen Friedensprozess voranzutreiben, begleitet von blutigen Terrorangriffen auf zivile israelische Ziele und eskalierende militärische Vergeltungsschläge durch israelische Sicherheitskräfte, haben unvermeidlich zur Folge, dass die Wählerschaft zu den Parteien rechts der Mitte tendiert. Keine Partei, die eine Evakuierung der jüdischen Siedlungen auf der Westbank oder einen territorialen Kompromiss mit den Palästinensern in ihrem Programm hat, könnte genug Stimmen erzielen. Die Koalitionsregierung anzuführen. Die Arbeitspartei spaltet sich, und ihre Mitglieder verteilen sich auf die militaristische Rechte und die Bürgerrechtsparteien links von der Mitte und bilden eine Opposition von zunehmend marginaler Bedeutung.

<sup>13</sup> Vgl. zur israelischen nationalen und religiösen Rechten Ehud Sprinzak, *The Ascendance of Israel's Radical Right*, Oxford 1991, und Idith Zertal/Akiva Eldar, *The Lords of the Land: The War for Israel's Settlements in the Occupied Territories. 1967–2007*, New York 2007.

Aus demographischer Sicht liegt diesem Szenario das rasche natürliche Bevölkerungswachstum unter der religiösen Rechten zugrunde, sowohl innerhalb Israels international anerkannter Grenzen als auch in den Siedlungen auf der Westbank. Diese Wählerschaft, die innerhalb von ein oder zwei Jahrzehnten zwanzig bis dreißig Prozent der Wahlberechtigten ausmachen wird, wird noch verstärkt durch gleichgesinnte Mitglieder zweier anderer Gruppen: der ultraorthodoxen Juden und der nationalistisch gesinnten Mehrheit der Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und deren Nachkommen. Schließlich und endlich rücken Tausende andere Israelis, die nach jahrelangen Terrorangriffen müde und abgestumpft sind und nicht mehr an die allem Anschein nach vergebliche Friedensrhetorik glauben, von der politischen Mitte nach rechts und schließen sich einer militaristischen Weltanschauung an. Die rechte Mehrheitsregierung nimmt zuallererst eine Reform des Regierungssystems in Angriff. Ihr erstes und vorrangiges Ziel ist, wie sich schon heute abzeichnet, der Oberste Gerichtshof. Eine parlamentarische Mehrheit ordnet eine umfassende Reform der Judikative an, die in der Schaffung eines neuen Verfassungsgerichtshofes gipfelt, dessen Richter von einem politisch kontrollierten Gremium und nach dem Mehrheitsprinzip bestellt werden. Das bedeutet das Ende des Prinzips der Gewaltentrennung, auf dem Israels Rechtsstaatlichkeit seit seinen Anfängen beruht. Die Gerichte geben ihre bürgerrechtliche Ausrichtung und ihr Bemühen um das Prinzip der Gleichheit aller Staatsbürger auf und nehmen Abstand von ihrer traditionell liberalen Haltung gegenüber den Rechten der Minderheiten, zu denen auch die Araber zählen, und gegenüber Themen wie alternativen Familien und Rechten für Homosexuelle.

Wenn die Orthodoxen in dieser Koalition stark vertreten sind, gibt es wahrscheinlich Schritte in Richtung einer Verfassung, die sich auf die Thora stützt, eines halachischen Rechtsprinzips (*Halacha* ist der allgemeine Begriff für die orthodoxe jüdische Gesetzgebung). Ein religiöser Kodex ersetzt den derzeitigen Prozess des Schreibens einer Verfassung für Israel. Persönliche Bürgerrechte wie jene auf Heirat und Scheidung, Kindererziehung und alternative Familienformen, die im heutigen Israel eine sehr fortschrittliche, liberale Stufe erreicht haben, werden im Einklang mit der halachischen Gesetzgebung geändert.

Geschäfte, Restaurants und Unterhaltungsbetriebe schließen sich den öffentlichen Verkehrsmitteln an und stellen ihren Betrieb am Sabbat und an jüdischen Feiertagen ein. Kleidungsvorschriften, besonders für Frauen, haben Einfluss auf das öffentliche Leben, die Medien und möglicherweise auch die Privatsphäre. Es ist schwer, vorauszusagen, wie weit eine solche Gesetzgebung geht, aber sie wird Israel von seinem Weg einer liberalen Demokratie wegführen und in Richtung einer Theokratie steuern; wahrscheinlich nicht mit gewaltsamen Mitteln der Vollstreckung, wie sie in islamischen Theokratien praktiziert werden, aber mittels einer Gesetzgebung, die den säkularen und liberalen Teil der Gesellschaft zunehmend an den Rand drängt.

Dieses rechtsreligiöse Israel trägt eine kollektive Bereitschaft in sich, die Westbank, das Herzland des biblischen Israel, dem souveränen Staat Israel durch Annexion einzuverleiben. Die Siedler würden in diesem Szenario ihren Traum verwirklicht sehen, als Pioniere das Rückgrat einer großen jüdischen Rückkehr in das angestammte Land der Israeliten zu werden. Wie ist das vorstellbar, angesichts der zwei bis drei Millionen palästinensischen Siedler und einem beinahe weltweiten Widerstand gegen einen solchen einseitigen Schritt?

Im Zusammenhang mit dieser Frage kann sich mein Szenario nur auf die erklärten Visionen einiger führender Politiker der heutigen israelischen Rechten stützen. Die gewaltsame Option sieht die Zwangsevakuierung zehntausender Palästinenser aus der Westbank oder sogar aus ganz Israel vor. Das kann in Form offener Kriegshandlungen oder eines Guerillakrieges vonstatten gehen. Eine Alternative wäre, dass die Palästinenser in den annektierten Territorien ansässig bleiben dürfen, ihnen jedoch die Bürgerrechte verwehrt bleiben. Die moderatere Option, die in politischen Kreisen schon diskutiert wurde, würde palästinensische Enklaven mit begrenzter Selbstverwaltung und kultureller Autonomie vorsehen, umgeben von jüdischem Land, das ein formeller Teil des Staates Israel werden würde.

Dieses Szenario wird von einer emotionalen Welle messianischen Enthusiasmus' auf Seiten der nationalistischen jüdischen Gemeinde begleitet, die Widerhall bei ihren Anhängern fin-



det. Der Zionismus wird auf eine einzige Bedeutung reduziert: einen machtbezogenen, militaristischen Territorialismus, der sich auf uralte Symbole und modernen religiösen Fundamentalismus stützt. Die moderate zionistische Überzeugung der prominenten Gründerväter Israels, die einen territorialen Kompromiss und ehrenhaften Frieden mit den arabischen Nachbarn predigten, wird ausgemerzt.

Die Auswirkungen eines solchen Prozesses auf die Gesellschaft sind dramatisch. Mehr als die Hälfte der Israelis, nach heutigen Schätzungen, werden zu Fremden im eigenen Land. Die liberale, aufgeschlossene, zumeist säkulare Mitte und Mitte-Links werden dezimiert, demographisch und politisch. Nicht nur ein Großteil der akademischen, wissenschaftlichen, technologischen und professionellen Elite, nicht nur die Nachkommen des alten Arbeiterzionismus, sondern auch viele Mittelklasse-Israelis haben das Gefühl, sie hätten ihr Land verloren. Ihnen bedeutet das Land Israel der Stammväter weit weniger als die moderne liberale Demokratie, die Israel war. Zahlreiche Israelis fühlten sich aus wirtschaftlichen oder moralischen Gründen gezwungen, auszuwandern. Das allein stellt einen tragischen Moment in der jüdischen Geschichte und ein Scheitern des zionistischen Ideals dar, das von den Anhängern des israelischen Nationalismus nicht verstanden wird. Andere beschließen, sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. In den Worten des in Israel aktuell geführten Diskurses ausgedrückt heißt es, das Land Israel – biblisch, messianisch, atavistisch – habe den Staat Israel – modern, liberal, global orientiert – besiegt. Manche sagen, Jerusalem habe Tel Aviv geschlagen.

Ein Problem bei diesem Szenario ist die Wirtschaft. Das moderne und gemäßigte „mittlere Israel“ hat die israelische Wirtschaft auf einen globalen Erfolgskurs geführt, insbesondere dank einer innovativen Hightechindustrie. Paradoxe Weise sind es im heutigen Israel die gemäßigten Liberalen, die mit ihren Steuern die finanziellen Mittel für ihre messianischen und fundamentalistischen Brüder bereitstellen. Wenn das nationalistische Szenario Gestalt annimmt, werden die ausländischen Investitionen versiegen, und die talentiertesten unter den wirtschaftlichen Global Players werden Pleite gehen. Jemand wird für die militärischen und politischen Kraftakte der Nationalisten für ein „Großisrael“ zahlen

müssen, doch Tel Aviv und seine sozioökonomischen Strukturen werden dazu weder in der Lage noch willens sein.

Ein zweites Machbarkeitsproblem ergibt sich aus dem globalen Kontext. Wird es die internationale Gemeinschaft zulassen, dass Israels rechte Mehrheit widerstandslos Gebiete annektieren beziehungsweise Palästinenser zwangsumsiedeln kann? Die Antwort ist mit hoher Wahrscheinlichkeit nein, und dem Traum von „Großisrael“ würde von außen Einhalt geboten, wenn ihm nicht zuvor schon durch das politische System selbst ein Dämpfer versetzt worden wäre. Aber stellen wir uns eine Welt vor, in der die Spannungen zwischen dem Islam und dem Westen weiter zunehmen; oder eine Welt, die wieder auf eine Kalte-Krieg-Situation zwischen Russland und Amerika zusteuert; oder die besorgniserregende Ausbreitung einer neuen Form von christlichem Fundamentalismus sowohl in den USA als auch in Europa, vielleicht als plumpe Antwort auf das Erstarken des Islam in den westlichen Gesellschaften.<sup>14</sup>

In jedem der drei Fälle könnte eine clevere israelische Führung mit messianischen Träumen und *realpolitischer* Weisheit die Gunst der Stunde nutzen, eine globale Konfliktsituation ausnutzen und sich der Unterstützung anderer Fundamentalisten in einer christlich-jüdischen Allianz versichern, um das Heilige Land zu befreien. Dieses Szenario ist apokalyptisch, aber wenn die richtigen Auslöser und eine günstige internationale Konstellation zusammenkommen, kann die Apokalypse tatsächlich „Now“ eintreten.

## Ende des jüdischen Staates

Das **zweite Szenario** bringt das Ende Israels als jüdischer Staat mit sich. Ich beziehe mich nicht auf die Zerstörung Israels durch eine Kraft von Außen, wie zum Beispiel einen iranischen Bombenangriff oder einen extrem gut konzentrierten Überraschungsangriff der vereinigten Armeen verschiedener arabischer (und nicht-arabischer muslimischer) Staaten. Diese Entwicklungen sind vorstellbar, doch

<sup>14</sup> Zu Verbindungen zwischen dem christlichen Zionismus und der israelischen religiösen Rechten vgl. Zev Chafets, *A Match Made in Heaven*, New York 2007, und Victoria Clark, *Allies for Armageddon: The Rise of Christian Zionism*, New Haven 2007.

beziehen sich meine Überlegungen zu alternativen Zukunftsaussichten hauptsächlich auf die Entscheidungen, das Tun und Lassen der israelischen Gesellschaft selbst.

Auch hier ist die Demographie möglicherweise ein Hauptfaktor. Anstatt der rasch wachsenden Wählerschaft der nationalen Rechten und der orthodoxen Juden könnte der entscheidende Faktor die zunehmende Bevölkerungszahl der Palästinenser sein. Schon jetzt weisen die Westbank und der Gazastreifen einen Bevölkerungsanteil auf, der zu den jüngsten der Welt zählt.<sup>15</sup> Dies ist ein Grund, warum die derzeitigen palästinensischen Führer, zweifellos jene der Hamas und möglicherweise auch jene der Fatah, keine Eile haben, einen Friedensschluss mit Israel zu erzielen: Die Zukunft, glauben sie, gehört ihnen. Die nackten Zahlen sprechen dafür: rund sechs Millionen israelische Juden, etwas über eine Million israelische Araber, geschätzte vier Millionen Palästinenser, nach den jüngsten Schätzungen für Gaza (derzeit von Israel „abgekoppelt“, jedoch keine unabhängige politische Einheit) und die Westbank.<sup>16</sup> Wenn kein territorialer Kompromiss erzielt wird, gefolgt von der Errichtung eines souveränen Palästina, das durch international anerkannte Grenzen von Israel getrennt ist, werden die Palästinenser die Juden zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan innerhalb von zwei Generationen oder weniger wahrscheinlich zahlenmäßig überflügeln. Das muss nicht der Untergang des jüdischen Staates sein, es sei denn, die Israelis bestehen auf der Westbank. Der gemeinsame Nenner der gemäßigten Kräfte Israels, die eine versöhnliche Haltung einnehmen, besteht in der Notwendigkeit, die besetzten Gebiete zu verlassen, mit oder ohne Verhandlungslösung.

Somit steht unser zweites Szenario fest: Es wird kein Abkommen erzielt, die Palästinenser stützen sich auf die Gewalt der Bevölkerungszahlen, und die Israelis sind nicht fähig, eine politische Entscheidung zu treffen. Wenn die Israelis den Palästinensern aufgrund ihrer Geburtenrate und trotz des beschleunigten Bevölkerungswachstums der nationalistisch-religiösen Rechten Israels zah-

lenmäßig unterlegen sind (was ein Hindernis für die territoriale Trennung darstellt), wird Israel entweder nicht länger demokratisch oder nicht länger ein jüdischer Staat sein.

Im ersten Szenario haben wir ein imaginäres Israel gesehen, das sich von der Demokratie entfernt. Im zweiten werden die Israelis, entweder durch Krieg oder internationalen Druck, gezwungen, den in der Westbank (und möglicherweise auch den im Gazastreifen) lebenden Palästinensern Bürgerrechte zuzugestehen. Die neue arabische Mehrheit, auch wenn sie sich demokratisch tadelloser verhält, wird das Verfassungsgefüge Israels verändern und den jüdischen Staat zwar nicht physisch, doch auf legale Weise ausradieren. Selbst der Name „Israel“ wird voraussichtlich abgewählt werden.

Die Auswirkungen einer solchen Transformation der Gesellschaft sind tief greifend. Für einige Juden und viele Araber wird ein Traum wahr – die „Einstaatenlösung“, bei der zwei Nationen in einem neutralen Staat zusammenleben. Für die überwiegende Mehrheit der israelischen Juden, einschließlich eines Großteils der säkularen liberalen Linken, würde eine solche Entwicklung eine historische Katastrophe bedeuten. Trotz scharfer intellektueller Wortmeldungen auf Seiten der extremen Linken geht mein zweites Szenario davon aus – Europäer sind sich dessen oft nicht bewusst –, dass so gut wie alle israelischen Juden Zionisten sind. In dem hier verwendeten Sinn ist Zionismus die grundlegende Überzeugung, dass Israel der Staat der Juden ist und sein sollte. Die politische Mitte und Mitte-Links mögen der demokratischen Verfassung Israels gleichermaßen hohe Bedeutung zumessen. Sie mögen die Gleichheit aller Israelis als Menschen und als Staatsbürger im jüdischen Staat betonen. Doch die meisten können sich nicht vorstellen, in einem demokratischen Staat zu leben, der nicht mehr jüdisch oder nicht mehr Israel ist.

Selbst wenn die palästinensische Mehrheit, in der moderatesten Version dieses Szenarios, einen sanften Übergang in eine Zweistaatendemokratie ermöglicht, und selbst wenn die bürgerlichen Freiheiten unangetastet bleiben, werden die Juden dies als Zerstörung biblischen Ausmaßes ansehen, vergleichbar mit dem historischen Untergang des alten Israel. In meinem Szenario werden die meisten Juden das Land verlassen und als Minderheit

<sup>15</sup> Vgl. für einen demographischen Überblick *The Economist Pocket World in Figures 2008*.

<sup>16</sup> Vgl. ebd.; vgl. auch *CIA World Factbook*, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>; zuletzt aktualisiert am 6. 3. 2008.

in gastfreundlicheren Ländern leben. Endlich wäre heilige Ruhe im Nahen Osten eingekehrt. Die Graffiti „Juden, raus aus Palästina“, die man in Europa manchmal sieht, sind Wirklichkeit geworden. Gute liberale Seelen – wieder in Europa – werden den Juden gut gemeinte Vorhaltungen machen, weil sie nicht bereit waren, sich in ein glückliches politisches Gemeinwesen mit ihren palästinensischen Brüdern einzufügen. Die internationale Gemeinschaft, müde und überdrüssig, würde vor Erleichterung aufatmen.<sup>17</sup> Vielleicht aber auch nicht. Dieses Szenario kann sich in verschiedene Richtungen entwickeln. Jede einzelne wäre ein Prüfstein für eine höchst kontrovers diskutierte Hypothese: Zürnt der Islam dem Westen vor allem wegen der jüdischen Präsenz im Heiligen Land? Wenn dem so ist, wird das Verschwinden des jüdischen Staates diesem Krieg der Zivilisationen ein Ende setzen. Wenn der Konflikt aber weitergeht, sowohl zwischen den Ländern des Nahen Ostens untereinander als auch zwischen den Moslems und dem Westen, würde sich herausstellen, dass ganz andere Uhren tickten, dass die ganze Zeit über, verschleiert durch den israelisch-palästinensischen Konflikt, andere Fronten existiert haben.

Ein anderer entscheidender Test wird, fürchte ich, den Status der Juden in der Diaspora betreffen. Ist ein starkes Israel die Basis für die Sicherheit der Juden in der Welt? Diese Frage wird heiß diskutiert, auch in Israel selbst. Man muss sie noch schärfer formulieren: Wird der Antisemitismus in einer Welt ohne Israel dem Antisemitismus von heute ähnlich sein? Wird er abnehmen oder, im Gegenteil, immer stärker werden und zunehmend ungestraft bleiben? Schlimmer noch: Wenn die Juden gezwungen sein würden, Israel zu verlassen, aus welchem Grund auch immer, wird es ein Land geben, das sie aufnimmt? Eines der stärksten zionistischen Argumente lautet, dass sie nirgendwo sonst hin können. Das war die *Raison d’Etre* des jüdischen Staates von Beginn an.

## Zwei Staaten

Das dritte Szenario führt uns ein jüdisches und demokratisches Israel neben einem sou-

<sup>17</sup> Zur „Einstaatenlösung“ vgl. Tony Judt, *Israel: The Alternative*, in: *New York Review of Books*, 50 (2003) 16, und Yoel Esteron, *Who’s in Favour of Annihilating Israel?*, in: *Haaretz* vom 28. 11. 2003.

veränen und demokratischen Palästina vor Augen, als Teil eines stabilen und zumeist friedlichen, vielleicht sogar zunehmend demokratischen Nahen Ostens.<sup>18</sup>

Im Laufe der kommenden Jahre nehmen Einzelpersonen den Lauf der Geschichte in die Hand, aber nicht im zerstörerischen Sinn von politischen Attentaten oder Selbstmordanschlägen. Stattdessen stecken die führenden Politiker Israels und des vorwiegend gemäßigten palästinensischen Establishments weiterhin in einem zähen und zum Verzweifeln schwierigen Prozess, ein Abkommen zustande zu bringen, das auf Grundsätzen basiert, mit denen ohnehin schon fast jeder einverstanden ist. Sie ziehen eine Grenze; nahe genug an der international anerkannten Grünen Linie, mit zahlreichen Anpassungen und mit Bedacht darauf, dass die großen jüdischen und palästinensischen Ballungszentren innerhalb der jeweiligen Landesgrenzen liegen. Das umstrittene Gebiet wird geteilt, sehr zum Verdross der israelischen Rechten und der palästinensisch-nationalistischen Extremisten. Jerusalem wird geteilt oder gemeinsam kreativ genutzt. Die Palästinenser verzichten nicht auf ihr „Rückkehrrecht“, sie halten es als symbolisches Andenken und Relikt vergangener Katastrophen hoch, verzichten aber auf seine Umsetzung. Jetzt und in Zukunft, historisch gesehen, nicht theologisch.

Wenn dieser Prozess Gestalt anzunehmen beginnt, wird die Hölle losbrechen. Arabische Selbstmordattentäter und jüdisch-nationalistische Gewaltverbrecher tun ihr Bestes, um den Lauf der Geschichte zu verändern, um jeden vertrauensbildenden Schritt mit brutalem Blutvergießen zu beantworten und den November 1995 zu wiederholen, als der Frieden zunichte gemacht wurde. Aber es werden andere eingreifen, stark und entschlossen, und mit den Friedensstiftern an einem Strang ziehen. Weltweit werden Politiker und Organisationen mit Entschiedenheit auftreten. Sie werden Israel oder die Palästinenser nicht zwingen, ihre Hand zu erheben, aber Unterstützung und Investitionen, Friedenstruppen und Grenzkontrollenrichtungen in Echtzeit anbieten. Von großer Bedeu-

<sup>18</sup> Der einzige nahöstliche Staatsmann, der eine solche optimistische Zukunftsperspektive vertritt, ist Israels Präsident Shimon Peres. Vgl. sein Interview mit *WikiNews* vom 9. 1. 2008: [http://en.wikinews.org/wiki/Shimon\\_Peres\\_discusses\\_the\\_future\\_of\\_Israel](http://en.wikinews.org/wiki/Shimon_Peres_discusses_the_future_of_Israel).

tung wird sein, dass höchste Politiker – der künftige amerikanische Präsident und vielleicht auch noch einige der gegenwärtigen europäischen Politiker – für beide Seiten klare Worte finden. Sie werden den Israelis sagen, dass ihre nationale Existenz, ihr Überleben als Staat außer Zweifel steht, und sie werden den Palästinensern sagen, dass man sie nicht allein lässt. Wenn man der Masse ihre Furcht nimmt, wirkt man den abscheulichen Verbrechen der Wenigen entgegen.

Noch wichtiger wird sein, dass die öffentliche Meinung weltweit ein Klima schafft, das diesen Prozess fördert. Insbesondere die Europäer werden ihre Stimme erheben, aber nicht in Form von Sanktionen und Boykott, sondern um Unterstützung anzubieten. Indem sie die Ängste und Hoffnungen der israelischen (und der palästinensischen) Zivilgesellschaft erkannt hat, wird die internationale Gemeinschaft vielleicht auch ihre Berufung als Zivilgesellschaft finden. Dieser spezielle Fall von Konfliktlösung ist ein Reifetest nicht nur für Israelis und Araber.

Beide Nationen werden zu Beginn ihrer neuen Nachbarschaft die echten Schmerzen eines physischen Einschnitts empfinden. Wirtschaftliche Innovation wird eine enorme Rolle spielen, und gemäßigte arabische Regime, besonders Jordanien und Ägypten, werden wichtige Partner sein. Israel darf seinen jüngeren Bruder wirtschaftlich nicht kolonisieren, doch könnte die Kluft über viele Jahre hinweg ein echtes Problem darstellen. Es wird Spannungen geben. Ärger. Feindseligkeit. Rassismus. Es wird Rückschritte und Hindernisse geben. Die beiden souveränen Staaten werden einander nicht lieben. Die arabische Minderheit in Israel und vermutlich eine in Palästina verbliebene jüdische Minderheit werden sich mit besonders großen Schwierigkeiten konfrontiert sehen. Friedens- und Versöhnungskomitees zwischen Juden und Arabern werden kaum aus dem Boden schießen, denn keine der beiden Seiten ist geistig einer solchen Übung in christlicher Vergebung zugeneigt. Aber es wird Frieden und eine umfassende, grobe Form von Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern geben.

Ich hege die Hoffnung, zu erleben, wie dieses dritte Szenario, diese bestimmte, mögliche Zukunft, eines Tages Wirklichkeit wird.

*Gerald M. Steinberg*

## Asymmetrie, Verwundbarkeit und die Suche nach Sicherheit

In den Augen vieler Europäer stellt Israel eine regionale Supermacht dar, die für den anhaltenden Konflikt im Nahen Osten verantwortlich ist. Diese ideologisch gestützte Version der Geschichte lässt das diesem Konflikt innewohnende Machtungleichgewicht, die demographische Asymmetrie und andere Faktoren außer Acht, die den arabischen Staaten einen Vorteil verleihen, auf

den Israel reagieren muss. Der Krieg der arabischen Staaten von 1948, der auf die Vernichtung des entstehenden Staates Israel abzielte, die anhaltende Feindseligkeit, der Terror und die gegen Israel gerichtete Gewalt werden oft zu wenig berücksichtigt, und der Konflikt von 1967 wird fälschlicherweise eher als Besatzungskrieg dargestellt denn als präventive Selbstverteidigung. In der Realität und im Kontext des Nahen Ostens ist die Sicherheit Israels weiterhin einer ernststen Bedrohung ausgesetzt, die von Terrorkampagnen bis hin zu iranischen Atomwaffen reicht.

Seit 60 Jahren ist der Staat Israel existenzieller Bedrohung und Gewalt ausgesetzt; sein Überleben ist das Ergebnis erfolgreicher Strategien und Taktiken. Dieser Zeitraum kann in Phasen eingeteilt werden, in denen sich die Natur der Bedrohung gewandelt hat und in denen unterschiedliche Reaktionen Israels gefragt waren. Die erste Phase von 1948 bis 1973 wird vor allem durch Auseinandersetzungen mit den Armeen der feindlichen Staaten gekennzeichnet – Ägypten, Syrien, Irak und Jordanien. Die hohen Kosten dieser Auseinandersetzungen und Israels Fähigkeit,

**Gerald M. Steinberg**

Ph.D.; Professor, Head of the Political Studies Department, Bar Ilan University, Ramat Gan 52900/Israel.

steing@mail.biu.ac.il

## 1947 – 1973: Beseitigung der konventionellen Bedrohung

sich von den Überraschungsangriffen des Yom-Kippur-Krieges von 1973 zu erholen, markierten das Ende solcher konventionellen Invasionen: Ägypten trat in den Friedensprozess ein, und Syrien war aus eigener Kraft zum erneuten Angriff nicht in der Lage. Seither allerdings hat sich die gegen die israelische Bevölkerung gerichtete Bedrohung sowohl durch Raketen mit nicht-konventionellen Gefechtsköpfen als auch durch Terroranschläge erhöht. Der Staat Israel feiert sechs Jahrzehnte des Überlebens und sieht sich zugleich mit fortgesetzter Gewalt konfrontiert: der Gewalt der Hisbollah in Syrien, der Hamas in Gaza und in geringerem Ausmaß im Westjordanland, einer Wiederaufrüstung Ägyptens, Spannungen mit Syrien sowie der Bedrohung durch das iranische Nuklear- und Raketenprogramm.

Die existenzielle Bedrohung, ein Ungleichgewicht und ein hohes Maß an Verwundbarkeit bestehen also weiter. Die Verwundbarkeit ist ebenso sehr geographisch und demographisch wie politisch und ideologisch bedingt. Im Vergleich zu den arabischen Staaten und Iran ist Israel ein sehr kleines Land mit einer zahlenmäßig unterlegenen Bevölkerung, das über keine nennenswerten Bodenschätze verfügt, nur schwer an Waffen gelangt und hart an menschlichen Verlusten trägt. Zwischen 1948 und Ende 2007 haben 24 000 Israelis im Krieg und bei Terrorangriffen ihr Leben verloren – ein sehr hoher Preis.<sup>1</sup> Doch Israel hat trotz der hohen Kosten der Kriege und des Terrors standgehalten. Diese erfolgreiche Strategie umfasst vor allem entschlossene militärische Reaktionen. Die nie offiziell erklärte nukleare Abschreckung in Verbindung mit dem Atomforschungszentrum in Dimona trug entscheidend dazu bei, den Vormarsch der Ägypter und Syrer 1973 zu stoppen und Saddam Hussein davon abzuhalten, die 1991 gegen Israel abgefeuerten Raketen mit chemischen oder biologischen Sprengköpfen zu bestücken. Israel wird dieses Nuklearpotenzial erst dann reduzieren können, wenn andere Staaten davon ablassen, mit Vernichtung zu drohen.

*Übersetzung aus dem Englischen: Susanne Laux, Königswinter.*

<sup>1</sup> Vgl. die Website des israelischen Außenministeriums: [www.mfa.gov.il/MFA/Terrorism-+Obstacle+to+Peace/Terrorism+from+Lebanon-+Hizbullah/Israel-Hizbullah+conflict-+Victims+of+rocket+attacks+and+IDF+casualties+July-Aug+2006.htm](http://www.mfa.gov.il/MFA/Terrorism-+Obstacle+to+Peace/Terrorism+from+Lebanon-+Hizbullah/Israel-Hizbullah+conflict-+Victims+of+rocket+attacks+and+IDF+casualties+July-Aug+2006.htm).

In den Jahren 1947/48, als über die Teilung Palästinas debattiert wurde, waren es vor allem arabische Drohungen und die Vorbereitungen zu einem Angriff auf den neuen Staat unmittelbar nach Abzug der britischen Streitkräfte, die Ministerpräsident David Ben-Gurion und die jüdische Führung alarmierten. Azzam Pasha, der Generalsekretär der Arabischen Liga, prahlte: „Dies wird ein Krieg der Vernichtung und ein bedeutsames Massaker, von dem wie von den Massakern der Mongolen und den Kreuzzügen gesprochen werden wird.“ Viele im Westen vertraten die Ansicht, dass Israel einen umfassenden Krieg kaum überleben werde. Die Feindseligkeit der Araber, das extreme Ungleichgewicht und die Asymmetrie wurden als erdrückend und unüberwindlich betrachtet.

Israels Schwäche und Verwundbarkeit waren bedingt durch sein ausgesprochen kleines Territorium und dessen fehlende strategische Tiefe (es mangelte an dem für einen Rückzug zur Vorbereitung einer Gegenoffensive benötigten Gelände). Auch die israelische Bevölkerung war im Vergleich zu den arabischen Staaten sehr klein (im Mai 1948 umfasste sie 600 000 Menschen), und der damit verbundene Eindruck von Schwäche wurde noch dadurch verstärkt, dass viele jüdische Einwanderer im Gefolge des Holocaust direkt aus den europäischen Lagern kamen. Im Gegensatz dazu verfügten die arabischen Staaten über ein sehr viel größeres Territorium (sowohl als einzelne Staaten als auch in ihrer Gesamtheit), eine große Bevölkerung (vor allem Ägypten), stehende Heere, immense Erdölressourcen und damit die finanziellen Mittel für den Kauf von Waffen.

Der Krieg gegen Israel begann unmittelbar nach dem Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen vom 29. November 1947 mit umfassenden terroristischen und anderen Angriffen, bei denen mehr als 1200 Juden getötet wurden (20 Prozent derjenigen, die im Unabhängigkeitskrieg insgesamt ihr Leben verloren), ebenso wie viele Araber. Mit dem Abzug der britischen Truppen erhielt der Konflikt am 15. Mai 1948 eine zwischenstaatliche Dimension: Die Armeen Ägyptens, Syriens und Jordaniens (die Arabische Legion) sowie Iraks star-

teten Luft- und Bodenangriffe, an denen auch Kräfte aus dem Libanon und Saudi-Arabien beteiligt waren, und bombardierten Tel Aviv. Die arabischen Führer erwarteten einen kurzen Kampf und einen leichten Sieg; ernsthaft beunruhigend war für sie allenfalls der interne Wettstreit um die Führung, nicht etwa, dass die Israel Defense Forces (IDF), die aus den rivalisierenden Untergrundorganisationen der Hagana, der Irgun (IZL) und anderen geschaffen wurde, eine bedrohliche Streitmacht darstellen könnte.

Noch dazu war Israel isoliert und ohne Verbündete. Während die USA dem Teilungsplan zustimmten, die Schaffung eines jüdischen Staates unterstützten und Präsident Harry S. Truman sich über das Außenministerium hinwegsetzte und den Staat Israel anerkannte, erklärte Außenminister George C. Marshall der israelischen Führung, die USA würden keine militärische Unterstützung leisten. 1949 formulierten Großbritannien, Frankreich und die USA eine Dreiererklärung, die diesen Boykott ausweitete. Dagegen waren die Araber eine Koalition eingegangen und hatten mächtige Verbündete außerhalb der Region. Die Briten übernahmen Ausrüstung, Ausbildung und (mit General John Bagot Glubb) auch das Kommando der Jordanischen Legion, die das Westjordanland und Jerusalem eroberte, besetzte und annektierte. Die anderen arabischen Staaten fanden unterschiedliche Wege, sich Waffen zu beschaffen.

Eine gewisse Unterstützung erfuhr Israel aus der Tschechoslowakei, die mit sowjetischer Zustimmung Waffen aus überschüssigen Kriegsbeständen an Israel verkaufte – auch Flugzeuge und Gewehre, die umgehend nach Israel transportiert wurden (Operation Balak). Mit diesen vergleichsweise geringen Waffenbeständen konnten die im Entstehen begriffene IDF viele Positionen halten und sogar in die Offensive gehen. Die ägyptischen und irakischen Streitkräfte wurden an den südlichen Randbezirken von Jerusalem gestoppt und zurückgedrängt, und die IDF besetzte Teile des Sinai. Es gab jedoch auch Niederlagen wie den Verlust der Altstadt von Jerusalem und entlang der Grenze zu Syrien. Für die militärischen Erfolge wurde ein sehr hoher Preis gezahlt: Mehr als 6300 Israelis, ein Prozent der Gesamtbevölkerung, wurden getötet, und viele mehr wurden verletzt. Nahezu jede Familie hatte den Tod von Ver-

wandten zu beklagen; ein Drittel der Getöteten, unter ihnen Kinder und Ältere, waren Zivilisten.

Alles in allem erwiesen sich die zur IDF eingezogenen Soldaten (einige Holocaust-Flüchtlinge wurden direkt bei ihrer Ankunft in Israel verpflichtet) als standhafte Kämpfer, die die verfügbaren Waffen hoch motiviert einsetzten. Die weithin unstrittigen Ziele Unabhängigkeit, Freiheit, Souveränität, Gleichheit und nationales Überleben waren Grundlage dieser Motivation. Israelische Juden jegerlicher Glaubenshaltung, auch die ultraorthodoxen (*haredi*), erkannten, dass dieser Krieg nach zwei Jahrtausenden des Exils und des Antisemitismus für das jüdische Volk die erste und möglicherweise einzige Chance darstellte, in die angestammte Heimat zurückzukehren und Kultur, Sprache und Literatur zu bewahren. Die staatliche Souveränität und die Rückkehr auf die politische Weltbühne als Nation unter anderen war ein Ziel, das nahezu alle Juden bewegte; viele meldeten sich freiwillig und waren bereit, ihr Leben zu riskieren. Für die Überlebenden des Holocaust war Selbstverteidigung das diametrale Gegenteil zu den Todeslagern der Nazis. Dagegen waren die Araber schlecht vorbereitet und wurden mangelhaft geführt – zum großen Teil, weil sie glaubten, die Juden würden nicht kämpfen, und selbst wenn sie es täten, besäße der neue jüdische Staat nicht die Mittel und Fähigkeiten, sein Territorium zu verteidigen. Auch waren die Führer korrupt, und viele wurden nach der Niederlage gestürzt. Als die arabischen Staaten schließlich einem Waffenstillstand zustimmten, war dies ein Versuch, Zeit zu gewinnen. Die Waffenstillstandsabkommen und die UN-Resolutionen enthielten zwar Klauseln, die alle Parteien auf Verhandlungen mit dem Ziel eines dauerhaften Friedens verpflichteten, doch weigerten sich die meisten arabischen Führer, mit Israel zu verhandeln. Sie verhängten einen Totalboykott, blockierten die Schifffahrt durch das Rote Meer und hielten den Kriegszustand aufrecht.

## Nach 1948: Abschreckung und Prävention

Ministerpräsident David Ben-Gurion und zahlreichen anderen israelischen Führern war bewusst, dass die grundlegende Asymmetrie

und Verwundbarkeit ungeachtet der erfolgreichen Abwehr des arabischen Angriffs fortbestanden. Nach dem Waffenstillstand von 1949 kam es zu Terroranschlägen und Fedayin-Überfällen, die aus dem von Ägypten besetzten Gazastreifen, aus der unter jordanischer Besatzung befindlichen Westbank und aus Syrien heraus verübt wurden und bei denen zahlreiche Israelis getötet wurden. Zur Abschreckung ordnete Ben-Gurion Vergeltungsmaßnahmen der IDF an. Zu diesem Zweck wurden Sondereinheiten gebildet, was zu innenpolitischen Kontroversen führte. Kritiker argumentierten, dies trage eher zu weiteren Terroranschlägen der Araber bei als zu einer wirksamen Abschreckung.<sup>12</sup>

1955 erhöhte sich die Gefahr einer von Ägypten angeführten „nächsten Runde“ des Krieges. Nach dem Sturz der Monarchie durch die Armee forcierte der neue Machthaber General Gamal Abdul Nasser eine Modernisierung der Streitkräfte. Für Israel war dies ein Warnsignal, das zum Präventivschlag während des Suezkrieges von 1956 führte, bevor Ägypten diese Waffen überhaupt zum Einsatz bringen konnte. Nach dem Suezkrieg kam es weiter zu Spannungen und kleineren Konflikten, zu Terroranschlägen, die sich in den frühen 1960er Jahren stetig verschärften, sowie zu sporadischen Gewaltausbrüchen, beispielsweise mit Syrien über die Frage der Umleitung von Wasserquellen. Um von innenpolitischen Fehlern abzulenken, richtete sich Nassers Aufmerksamkeit auf die Außenpolitik, und die Bildung eines gemeinsamen militärischen Oberkommandos mit Jordanien und Syrien steigerte die israelische Besorgnis. Auf beiden Seiten wuchs die Angst vor einem Überraschungsangriff. Um diesem zuvorzukommen, befahlen Verteidigungsminister Moshe Dayan und Stabschef Yitzhak Rabin einen Präventivschlag, bei dem die Luftstreitkräfte Syriens, Ägyptens und Iraks zerstört wurden und Bodentruppen gegen die ägyptischen Stellungen auf dem Sinai vorrückten. Als König Hussein von Jordanien aufgrund (falscher) ägyptischer Erfolgsmeldungen in den Krieg eintrat und seine Armee die israelischen Teile von Jerusalem und andere israelische Ziele angriff, reagierte Israel, indem es die jordanischen Streitkräfte zur Räumung der Altstadt von Jerusa-

lem zwang, einschließlich des Jüdischen Viertels und des Tempelbergs.

Der Krieg endete nach sechs Tagen mit der israelischen Kontrolle über die Westbank (die von Jordanien annektiert worden war), die Sinaihalbinsel (die Ägypten besetzt hatte) und die syrischen Golanhöhen. (Die irakischen Truppen kamen zu spät, um das Kampfgeschehen noch beeinflussen zu können, doch blieben sie bis 1970 in Jordanien.) Schnell wurde Israel nicht mehr als winzige, gefährdete Nation gesehen, sondern als führende Regionalmacht, und die im Sumpf des Vietnamkriegs versinkenden Amerikaner begriffen den jüdischen Staat zunehmend als strategischen Partner. Sie lieferten nun Waffen, unter anderem Panzer, moderne Kampfflugzeuge, elektronische Geräte und taktische Raketen.

Nach der nationalen Verzagtheit und der Angst vor einem Angriff stärkte dieser Sieg die Zuversicht vieler Israelis, dass der Unabhängigkeitskrieg nun endlich ein Ende gefunden habe und den Arabern keine andere Wahl als die Anerkennung Israels bliebe. Die Regierung entschied, dass mit Ägypten und Syrien im Gegenzug für die politische Anerkennung und Friedensvereinbarungen über eine Rückgabe des besetzten Territoriums verhandelt werden solle; in den israelischen Medien war die Rede davon, dass Rabin auf einen Anruf Nassers warte. Mit Jordanien könne über die Westbank diskutiert werden, nicht aber über die befreiten Teile des „wiedervereinigten Jerusalem“. Doch der Anruf Nassers blieb aus. Angesichts der erlittenen Demütigung leisteten die Araber einen Eid, die verlorenen Gebiete zurückzuerobern. Bei einem Treffen in der sudanesischen Hauptstadt Khartum einigten sich die arabischen Staatshäupter auf „drei Neins“ – keine Anerkennung, keine Verhandlungen und kein Frieden mit Israel. Trotz des Verlustes der Sinaihalbinsel und der Kontrolle über den Suezkanal erholte sich Ägypten schnell von der militärischen Niederlage und startete kaum zwei Jahre später einen Zermübungskrieg gegen Israel. Über das Bündnis zwischen Israel und den USA hielt der Kalte Krieg auch im Nahen Osten Einzug, wurde einer massiven Unterstützung Ägyptens und Syriens durch die Sowjetunion Tür und Tor geöffnet, die nicht nur Waffenlieferungen, sondern auch die Stationierung sowjetischer Truppen zur Unterstützung Kairo umfasste.

<sup>12</sup> Vgl. Jonathan Shimshoni, *Israel and Conventional Deterrence: Border Warfare from 1953 to 1970*, Ithaca, NY 1988.

## 1973: Ende der konventionellen Kriege und Frieden mit Ägypten

Im Oktober 1973 starteten die ägyptische und die syrische Armee einen Überraschungsangriff, durchbrachen die Verteidigungslinien und fügten den israelischen Streitkräften schwere Verluste zu. Dieser Angriff fand zum Yom-Kippur-Fest statt, dem für das jüdische Volk heiligsten Tag des Jahres, den die meisten Israelis mit Fasten und mit Gebeten in der Synagoge begehen. Anders als 1967 und auf Ersuchen der USA entschied sich Israel gegen einen präventiven Luftschlag, als sich einige Stunden vor dem Angriff die Anzeichen für eine arabische Offensive mehrten.

Israel brauchte einige Tage, um sich zu erholen und seine Reservestreitkräfte in Stellung zu bringen. Angesichts massiver Nachschublieferungen der Sowjetunion für Ägypten und Syrien erbat Israel, das beim ersten Angriff zahlreiche Flugzeuge und Panzer verloren hatte, die Unterstützung der USA. Mit amerikanischer Waffenhilfe gelang eine Gegenoffensive, bei der die Streitkräfte unter Führung von Ariel Sharon den Suezkanal überquerten und auf Kairo vorrückten. An der syrischen Front eroberte die IDF die Golanhöhen zurück. Die ägyptische 3. Armee wurde auf dem Sinai eingeschlossen. In diesem Stadium der Kämpfe handelten die USA – unter Mithilfe der UNO – einen Waffenstillstand aus, nahmen israelische und ägyptische Offiziere direkte Gespräche auf und suchte US-Außenminister Henry Kissinger mit seiner Pendeldiplomatie zwischen Kairo und Jerusalem zu vermitteln.

Das militärische Patt am Ende dieses Krieges, die Tausenden Toten auf allen Seiten und die hohen wirtschaftlichen Kosten veränderten das Sicherheitsumfeld Israels nachhaltig. In der Vorbereitung auf diesen Krieg hatten Ägypten und Syrien alle verfügbaren Ressourcen eingesetzt und doch nicht mehr erreichen können. Ägypten allerdings hatte einen Teil seiner in früheren Kriegen eingebüßten Ehre wiederhergestellt, und Präsident Anwar al-Sadat konnte nun ohne ein Gefühl der Demütigung über Frieden verhandeln. Direkte Gespräche zwischen Israel und Ägypten eröffneten einen Kommunikationskanal, der in eine Vereinbarung über eine militärische Entflechtung mündete. (Das syrische Regime

hingegen verweigerte direkte Gespräche, die an dieser Front erzielten Vereinbarungen beruhten sämtlich auf der Diplomatie Kissingers.) Die Gespräche führten 1975 zu einer zweiten Disengagement-Vereinbarung, 1977 zum historischen Besuch Sadats in Jerusalem auf Einladung von Menachem Begin und schließlich 1979 zum Friedensvertrag.

Als Folge dieser Ereignisse gab Ägypten seine Rolle als Führer der gegen Israel gerichteten Koalition auf. Ohne Ägypten aber wurde ein umfangreicher konventioneller, von Syrien und dem Irak (und vielleicht noch Jordanien) getragener Angriff der Araber gegen Israel sehr viel weniger wahrscheinlich. Tatsächlich war der Krieg von 1973 der letzte konventionelle Krieg, und mit dieser Entwicklung hatte sich das Sicherheitsumfeld Israels grundlegend verändert.

## Terrorismus: Das Aufkommen der PLO

Seit 1973 wurden keine konventionellen Kriege mehr geführt, doch steigerte sich das Ausmaß des Terrors und des Krieges „auf kleiner Flamme“. Terroranschläge waren seit den 1920er Jahren eine Konstante der gegen Israel gerichteten Gewalt gewesen und dauerten auch während und nach dem Unabhängigkeitskrieg von 1947/48 an, hatten aber vergleichsweise geringe Auswirkungen.

Dies änderte sich seit 1964 mit der Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), die unter Jassir Arafat nach dem Debakel von 1967 die antiisraelischen Anschläge verstärkte. Die meisten Angriffe wurden von der Westbank und dem Gazastreifen aus lanciert, die seit dem Krieg von 1967 unter israelischer Kontrolle standen. Dies erleichterte den Zugang zu israelischen Städten und zu Jerusalem. Die Terroristen operierten von zivilen Gebieten aus, nutzten Schulen, Moscheen, Krankenhäuser und Privathäuser als gleichsam „menschliche Schilde“. Gruppierungen wie die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und später die Hamas und der Islamische Jihad leisteten ihren Beitrag zu diesem Krieg gegen Israel. Die Angriffe reichten von Flugzeugentführungen, Bombenattentaten auf Busse und Entführungen (wie 1972 dem Attentat auf die israelischen Athleten bei den Olympischen Spielen) bis hin zu Anschlägen auf Schulen



(wie etwa 1974 in Ma'alot an der libanesischen Grenze, als 22 Kinder getötet wurden).

Die israelischen Sicherheitskräfte entwickelten zur Abschreckung Anti-Terror-Taktiken, darunter Verhöre, die Einrichtung von Kontrollpunkten in den besetzten Gebieten, die Bestrafungen von Terroristen und ihren Familien. Es handelte sich um eine andere Form von Krieg, die andere Formen der Ausbildung und andere Waffen erforderte. Große Panzerformationen und mobile Bodentruppen wurden nicht länger benötigt, und auch die zahlenmäßig starke Wehrpflichtarmee, zu der auch Frauen einberufen wurden, konnte reduziert werden.<sup>13</sup> Angesichts dieser Reaktion der Israelis verlegten Arafat und die PLO einen Großteil ihrer Aktivitäten nach Jordanien und versuchten im September 1970 die jordanische Regierung und die Monarchie der Haschemiten zu stürzen. Nachdem dies fehlschlug, wurden Arafat und die PLO aus Jordanien vertrieben. Sie ließen sich im Libanon nieder, den sie als Ausgangspunkt für ihre Terroroperationen gegen Israel nutzten, und trugen zum Ausbruch des Bürgerkriegs im Libanon und zur Intervention Syriens bei.

Zusätzlich zur Strategie der Abschreckung, zu der die Ausweisung von Terroristen, deren Familien und Unterstützern zählte, wandte die IDF auch Defensivmaßnahmen an Straßen, Flughäfen, Marktplätzen, Schulen, Sportstätten, Botschaften und anderen potenziellen Zielen an. In Europa und anderswo, wo Terroristen leichten Zugang zu israelischen Zielen hatten, wurden die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt (vor allem bei der staatlichen Fluglinie El Al, was den Flugzeugentführungen ein Ende machte). Zudem fahndeten Stoßtrupps (*hit squads*) des Geheimdienstes Mossad in Europa nach Palästinensern, die sich an Anschlägen wie dem Attentat in München beteiligt hatten. Parallel dazu ordnete die israelische Führung umfangreiche Operationen gegen von der PLO kontrollierte Einrichtungen an. Im Libanon ließ Ministerpräsident Rabin 1976 die Operation Litani durchführen, bei der die PLO aus dem Grenzgebiet zu Israel vertrieben werden sollte. Israel ging eine Allianz mit den Streitkräften

der christlichen Maroniten im Libanon ein, um die Operationsbasis der Palästinenser einzuschränken. 1982, nach einem Attentatsversuch auf den israelischen Botschafter in Großbritannien, starteten die israelischen Streitkräfte einen Großangriff, marschierten in Beirut ein und wurden in Gefechte mit der syrischen Besatzungsarmee im Libanon verwickelt. Arafat wurde zur Flucht nach Tunis gezwungen, doch musste die israelische Armee in diesem Kampf viel höhere Verluste hinnehmen als erwartet und sah sich zudem scharfer internationaler Kritik ausgesetzt.

Diese Entwicklung nutzten die palästinensischen Terroristen und verübten in den 1980er und 1990er Jahren Terroranschläge, die auch den 1993 unterzeichneten „Rahmenplan für den Frieden“ begleiteten. Im Rahmen dieser Osloer Vereinbarung stimmte Israel der Schaffung der Palestinian Authority in Teilen des Gazastreifens und der Westbank zu, eine Selbstverwaltungsbehörde unter Kontrolle Arafats, die in zunehmende Rivalität zur islamistischen Hamas geriet. 1995 und 1996 wurden zahlreiche Selbstmordattentate in israelischen Städten verübt, was die israelische Unterstützung für diesen politischen Prozess untergrub. Nach dem Scheitern des Gipfeltreffens von Camp David im Jahr 2001 nahmen die Selbstmordanschläge in der von den Palästinensern so bezeichneten „Zweiten Intifada“ weiter zu – allein im Jahr 2005 starben mehr als tausend Israelis.

Die von Ministerpräsident Sharon geführte Regierung konnte diese Terrorkampagne durch groß angelegte Vergeltungsangriffe gegen Terrorzentren eindämmen (wie etwa 2002 die „Operation Defensive Shield“, die sich u. a. gegen die Stadt Jenin in der nördlichen Westbank richtete). Israel übernahm wieder die Kontrolle in Gebieten, die nach dem Osloer Abkommen an die Palästinenser zurückgegeben worden waren, und isolierte Arafat. Gezielte Tötungen von Anführern der Terrororganisationen zwangen die restlichen Anführer, ihre Mittel in die Selbstverteidigung und die Suche nach sicheren Verstecken zu investieren, und verringerten die Zahl der Anschläge weiter. Eine wirkungsvolle Sperranlage wurde errichtet, die große Teile der Westbank und den gesamten Gazastreifen umfasst, was die Infiltration israelischen Gebietes erschwerte und die Anschläge weiter eingedämmt hat. 2005 unternahm Is-

<sup>13</sup> Vgl. Eliot A. Cohen/Michael J. Eisenstadt/Andrew J. Bacevich, *Knives, Tanks, and Missiles: Israel's Security Revolution*, ed. by Washington Institute for Near East Policy, Washington, D.C. 1998.

rael einen neuen Versuch zur Kooperation mit den Palästinensern, indem es sich militärisch und zivil aus dem Gazastreifen zurückzog. 2007 jedoch übernahm die Hamas die Kontrolle über das Gebiet, und in der Folge nahm der Schmuggel von Waffen und Sprengstoffen von Ägypten aus zu. Seither wurden mehr als 2000 Raketen gegen Israel abgefeuert, und 2008 kehrte Israel zur Politik der Bestrafung und Abschreckung zurück, die auch die gezielte Tötung von Palästinenserführern einschließt.

Rückblickend kann gesagt werden, dass Israel die palästinensischen Terrorkampagnen nicht vollständig eindämmen können. Dass lässt sich auch mit dem politischen Umfeld und dem Einfluss so genannter *soft powers* erklären, die Hass gegen Israel geschürt und sich allein für die Sache der Palästinenser eingesetzt haben. In den Medien wurden die israelischen Anti-Terror-Maßnahmen als „unverhältnismäßig“ bezeichnet (vor allem, wenn versehentlich palästinensische Zivilisten getötet oder verletzt wurden) und von den arabisch dominierten Vereinten Nationen und politischen Gruppierungen scharf verurteilt,<sup>4</sup> etwa von Amnesty International und von Human Rights Watch. Dank seines politischen Geschicks war es Arafat gelungen, die Palästinenser (besonders in Europa) als schwache Opfer darzustellen<sup>5</sup> und angesichts der wachsenden anti-israelischen Ideologie die Maßnahmen der israelischen Sicherheitskräfte gegen den Terrorismus zu behindern.

## Widerstrebende Nuklearmacht

Die besondere Lage Israels führte zu einer ambivalenten nuklearen Abschreckungspolitik, die das Land seit den 1960er Jahren mit breiter Unterstützung des gesamten politischen Spektrums betreibt. Diese Entwicklung setzte bereits nach dem Unabhängigkeitskrieg ein. Ben-Gurion war zur Auffassung gelangt, dass die Bestrebungen zur Vernichtung Israels erst dann ein Ende hätten, wenn die arabischen Staaten begriffen, dass diese nicht

<sup>4</sup> Vgl. Gerald M. Steinberg, *Soft Powers Play Hardball: NGOs Wage War against Israel*, in: *Israel Affairs*, 12 (2006) 4, S. 748–768; Robert Charles Blitt, *Who Will Watch the Watchdogs? Human Rights Non-Governmental Organizations and the Case for Regulation*, in: *Buffalo Human Rights Law Review*, 10 (2004).  
<sup>5</sup> Vgl. Josef Joffe, *The Demons of Europe*, in: *Commentary*, Januar 2004.

ohne ihre eigene Zerstörung zu haben sei. Um das „Gleichgewicht des Schreckens“ zu erreichen, regte er das Konzept einer nuklearen Abschreckung an, die als „Waffe des letzten Auswegs“ dienen sollte und auf dem kleinen Atomreaktor in Dimona beruhte, der in Zusammenarbeit mit Frankreich in den späten 1950er Jahren gebaut worden war.

Als Teil der Nichtverbreitungspolitik waren die amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower und John F. Kennedy bemüht, Israel von dieser Politik abzubringen. Kennedy setzte Ben-Gurion unter Druck, die als Forschungszentrum deklarierte Anlage von Dimona für US-Inspektoren zu öffnen. Zunächst suchte Ben-Gurion eine Konfrontation zu vermeiden, indem er einen sehr begrenzten Zugang gewährte, 1963 jedoch verweigerte er eine lückenlose Inspektion und Überprüfungen. Ben-Gurion trat als Ministerpräsident zurück, ohne auf den letzten Brief Kennedys in dieser Angelegenheit reagiert zu haben. Auch sein Nachfolger Levi Eshkol wich dem Thema aus, während die Anlage in Dimona weiter gebaut wurde. In der Amtszeit von Präsident Lyndon B. Johnson ließ der Druck der Amerikaner nach, und 1969 schließlich erzielten Präsident Richard Nixon und Ministerpräsidentin Golda Meir einen Kompromiss: Israel stimmte zu, sich jeder Erklärung über den Besitz von Atomwaffen zu enthalten und eine solche Waffe auch nicht zu testen. Im Gegenzug stellten die USA den öffentlichen Druck ein, mit dem Israel zu einer Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages (NPT) und einer Öffnung Dimonas für Inspektoren gedrängt werden sollte. Diese Kompromissformel verringerte die Spannungen erheblich und gilt bis heute.<sup>6</sup>

Seit nunmehr 40 Jahren betreibt Israel diese Politik der nuklearen Mehrdeutigkeit – anders als die übrigen sieben Mächte, deren Nuklearbesitz als gesichert gilt, hat Israel niemals Atomtests durchgeführt oder erklärt, Nuklearmacht zu sein. Es hat seinen Nachbarn nie mit Vernichtung gedroht, auch nicht als Reaktion auf gegen Israel gerichtete Erklä-

<sup>6</sup> Vgl. Avner Cohen, *Israel and the Bomb*, New York 1998, sowie Zaki Shalom, *Between Dimona and Washington: The Political Struggle over the Build-up of Israel's Nuclear Option*, ed. by Tel Aviv University/Ben-Gurion Research Institute, Tel Aviv 2004 (Hebräisch).

rungen, die in jüngerer Zeit beispielsweise von iranischen Führern wie Mahmud Ahmadedschad geäußert wurden. Israel hofft darauf, dass Fanatismus und Hass irgendwann enden und die Länder in der Region den Versuch aufgeben werden, „die Juden ins Meer zu treiben“; dann könnte man über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone verhandeln, die Anlage in Dimona schließen, und müsste sich nicht länger auf eine nukleare „Versicherungspolice“ stützen.<sup>17</sup>

Im gleichen Zeitraum, in dem die unsichtbare Abschreckung Israels zur regionalen Stabilität beigetragen hat, versuchten der Irak und Syrien, in den Besitz von Nuklearwaffen zu gelangen. Das irakische Programm unter Saddam Hussein lief in den 1970er Jahren an und wurde durch die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages und die Mitgliedschaft in der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) unterstützt. Israel hat diesen Vertrag im Gegensatz zum Irak nie unterzeichnet und mit dem Bau von Dimona keinerlei internationale Vereinbarungen verletzt. Das irakische Waffenprogramm hingegen und auch der von Frankreich unterstützte Bau des Atomreaktors Osirak wurden der IAEO nicht vorgelegt und unterlagen keinem Inspektionssystem. 1981, nach dem Scheitern der diplomatischen Bemühungen, flog die israelische Luftwaffe (über saudi-arabisches Territorium) einen Angriff gegen den Reaktor und zerstörte ihn. So konnte Israel sein Nuklearmonopol für viele Jahre bewahren, und zugleich wurde die Schwäche der internationalen Inspektionssysteme zur Nichtverbreitung aufgezeigt. Der „Begin-Doktrin“ zufolge kann keinem Land der Region, das sich im Kriegszustand mit Israel befindet, der Erwerb von Atomwaffen gestattet werden.

## Im Angesicht der iranischen Bedrohung

In den 1990er Jahren erwarben andere Länder in der Region Massenvernichtungswaffen – darunter Syrien (chemische und möglicherweise biologische Waffen), Libyen (dessen Führer diese Fähigkeit 2003, nach dem Angriff der USA auf den Irak, aufgab) und vor allem der Iran. 2006 musste die IAEO einräumen, dass der Iran in Verletzung der Bestim-

<sup>17</sup> Vgl. Gerald M. Steinberg, Examining Israel's NPT Exceptionality: 1998–2005, in: Non-Proliferation Review, 13 (2006) 1, S. 117–141.

mungen des Atomwaffensperrvertrages 18 Jahre lang falsche Angaben gemacht hatte, während er zugleich Bausteine und Informationen für sein Nuklearprogramm zu beschaffen suchte. Iran wurde der Nichtbefolgung dieser Bestimmungen überführt, und der Weltsicherheitsrat verhängte Sanktionen. Für Israel kam dieses internationale Handeln zu spät. Das iranische Regime, das sich zum radikalsten Gegner entwickelt hat und die Hamas und die Hisbollah unterstützt, könnte über diese Gruppierungen leicht in eine nukleare Krise mit Israel verwickelt werden. Das Fehlen jeder Kommunikation mit Teheran wirft ein Schlaglicht darauf, wie schnell eine solche Krise beginnen könnte.<sup>18</sup>

Gestützt auf die „Begin-Doktrin“ und den Präzedenzfall in Osirak könnte sich Israel zum Handeln gezwungen fühlen – wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, den Iran bei der Entwicklung von Nuklearwaffen am Überschreiten der „roten Linie“ zu hindern. Natürlich besteht die Gefahr eines iranischen Gegenschlags, doch könnte Untätigkeit als viel gefährlicher für das Überleben des jüdischen Staates erachtet werden. Alternativ könnte Israel seine Fähigkeit zur Abschreckung verstärken, wenn dies als mögliche und kostengünstigere Strategie angesehen wird.

Die Bedrohung durch den Iran und die Terroranschläge der iranischen Verbündeten Hamas und Hisbollah belegen, dass das israelische Sicherheitsumfeld auch nach 60 Jahren noch gefährlich und instabil ist. Andererseits kann Israel aber auch nach 60 Jahren Krieg und Terror in dem Wissen zurückblicken, diesen Bedrohungen getrotzt und sie erfolgreich überdauert zu haben. Ägypten und Jordanien haben Friedensverträge mit Israel unterzeichnet, Israel hat Syrien von weiteren Großangriffen abhalten können und die Terrorkampagnen Arafats überstanden. Dies ist zwar nicht die Art von Frieden und Stabilität, nach der Israel strebt, doch hat der jüdische Staat überlebt und einen gleichberechtigten Platz unter den Nationen der Welt eingenommen.

<sup>18</sup> Vgl. Gerald M. Steinberg, Deterrence Instability: Hizballah's Fuse to Iran's Bomb, in: Jerusalem Viewpoints, ed. by Jerusalem Center for Public Affairs, April 2005.

# Sünde und Strafe: Israel und die Siedler

Der Mord eines palästinensischen Terroristen an acht Studenten der Jeschiwa (Talmudschule) Merkaz ha-Rav in Jerusalem am 6. März 2008, einem Donnerstagabend, erschütterte nicht nur Israel, hatte man sich doch allmählich von den Folgen der furchtbaren Selbstmordattentate erholt, die zu Beginn des neuen Jahrtausends die öffentlichen Plätze und Straßen des Landes verwüsteten. Auf

**Idith Zertal**

Professor – Ph. D. – of Contemporary History und Essayistin;  
Visiting Professor für Geschichte am Institut für Jüdische Studien der Universität Basel/Schweiz.  
Idith.Zertal@unibas.ch

tragische Weise richtete die Gewalttat die nationale und internationale Aufmerksamkeit wieder auf den geistlichen Eckpfeiler der ideologischen, religiös-nationalistischen Gruppe, aus der die Siedlerbewegung hervorgegangen ist, die sich über die besetzten Gebiete ausgebreitet und die Geschichte Israels nachhaltig verändert hat.<sup>1</sup>

Eine solche Bluttat im Zentrum einer israelischen Stadt war allgemein befürchtet worden, angesichts einer tödlichen Woche in Gaza, in der israelische Militäreinsätze 130 Palästinensern das Leben gekostet hatten, mindestens die Hälfte von ihnen Zivilisten – gewissermaßen als Teil des altbekannten, abgenutzten Musters von Gewalt und Gegengewalt. Doch der Anblick junger Menschen, die während ihrer Studien und Gebete in einer Bibliothek ermordet wurden, traf einen Nerv: den des ewigen jüdischen Märtyrer- und Opfertums. Und so wurde das Gemetzel eingeordnet in die lange Reihe vorangegangener Massaker und mit mythischen, symbolischen Dimensionen jüdischer Zerstörung und Wiedergeburt, jüdischen Leidens und Selbstermächtigung versehen: „Man muss wissen, dass unser Leiden uns nicht überwältigen soll, sondern uns stärkt“, sagte einer der Lehrer der Jeschiwa.<sup>2</sup> „Sie haben uns mitten ins

Herz getroffen“, meinte ein anderer Rabbi am Abend der Tat.<sup>3</sup>

Es war wirklich das Herz, nicht, weil sich die Talmudschule in Jerusalem befindet, sondern, weil Merkaz ha-Rav seit fast einem halben Jahrhundert den Mittelpunkt religiöser Jeschiwas in Israel darstellt. Von hier stammten Generationen, welche die immer zahlreicheren Siedlungen in den palästinensischen Gebieten bevölkerten, und diese Jeschiwa war das Herz der kookistisch-messianischen Ideologie. Diese diente den Führern von Gush Emunim (Block des Glaubens) als Leuchtturm bei ihrem Drang, sich das heilige, mythische Herz des alten Israel, das im Juni-Krieg 1967 erobert worden war, anzueignen und zu besiedeln. Als verschiedene Regierungen zögerliche Versuche unternahmen, einige Siedlungen zu räumen, wurde diese Jeschiwa zum Zentrum des oft gewaltsamen Widerstands; sie lieferte jungen Soldaten – manche hatten hier studiert – die ideologische und religiöse Begründung, sich Befehlen zur Evakuierung der Siedler zu widersetzen.

Es gibt viele Perspektiven, von denen aus man die komplizierte, vierzigjährige Geschichte der jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten jenseits der Grünen Linie (Israels politische Grenze bis 1967) analysieren kann. Man kann den Kern des Siedlerphänomens und seine Bedeutung für die israelische Geschichte nicht erfassen, ohne das Rätsel der charismatischen Bedeutung der Merkaz ha-Rav zu lösen, die diese seit Jahren für Tausende religiöser Jugendlicher besitzt. Noch bemerkenswerter ist der spirituelle und politische Einfluss, den diese Jeschiwa auf große Teile der politischen Klasse in Israel ausübt, auf die Eliten, die Intellektuellen und die Meinungsbildner, die meisten von ihnen erklärte Sakuläre. Der Schlüssel zu diesem Rätsel ist eine einzigartige, historische Verbindung dreier Elemente: zum einen ein charismatischer Rabbi mit einer eher simplen po-

*Übersetzung aus dem Englischen: Hans-Georg Golz.*

<sup>1</sup> Vgl. zum Folgenden Idith Zertal/Akiva Eldar, Die Herren des Landes. Israel und die Siedlerbewegung seit 1967, München 2007; vgl. auch Idith Zertal, Nation und Tod, Göttingen 2003.

<sup>2</sup> Yair Ettinger, For stricken yeshiva, trauma of terror attack likely linger, in: Haaretz (English Edition) vom 9. 3. 2008.

<sup>3</sup> Friday Evening News Program, Channel 10, 7. 3. 2008.

litischen Theologie absoluter Wahrheit und mit Prinzipien, nach denen alles möglich und erlaubt ist in Bezug auf das Land Israel; zum zweiten eine Generation religiöser Jugendlicher, deren Eltern von der zionistischen Arbeiterrevolution in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit politisch unterdrückt und marginalisiert wurden und die sich seitdem auf die Mission vorbereiteten, um das Land vom Säkularismus, Individualismus, Defätismus und der Vernachlässigung jüdisch-zionistischer Werte zu erlösen; drittens eine Atmosphäre des Überschwangs und der messianischen Übertreibung, die Israel nach dem militärischen Sieg 1967 ergriff.

## Theologie und Politik

Es war die Begegnung von Rabbi Zvi Jehudah Kook, 1967 Leiter der Merkaz ha-Rav und Sohn des legendären Abraham Isaak Kook, 1920 Gründer des Oberrabbinats im Mandatsgebiet Palästina und auch der Jeschiwa Merkaz ha-Rav, mit einer Gruppe rebellierender, religiöser Jugendlicher unter den historischen Umständen des Sieges von 1967, die diese neue politische Bewegung in Israel schmiedete. Die vereinten Kräfte der radikalen und einfachen Botschaften des Rabbis und die seiner eifernden, aber höchst pragmatischen Studenten erhielt unvorhersehbare ideologische und politische Kraft, die weit über die Jeschiwa hinausging, die noch bis in die 1960er Jahre hinein eine eher randständige religiöse Einrichtung gewesen war.

Die komplexen, ausgefeilten Lehren des Vaters wurden vom Sohn in eine „Sprache des Handelns“ übersetzt. Der jüngere Kook, der die Sprache und Terminologie von Gush Emunim prägen und dessen illegale Praxis formen sollte, verwischte die Grenzen zwischen dem Religiösen und dem Politischen, um die Utopie auf Erden zu verwirklichen. „Der Herr des Universums hat seine eigene politische Agenda, und dementsprechend muss die Politik gestaltet werden“, lehrte Kook. „Teil dieser Erlösung ist die Eroberung und Besiedlung des Landes. Das wird von göttlicher Politik bestimmt, und keine irdische Politik kann diese ersetzen.“<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Zvi Jehudah Kook, In the Public Debate, S. 112, zit. nach: Aviezer Ravitzky, Messianism, Zionism and Jewish Religious Radicalism, Chicago 1996, S. 131.

Die Bewahrung der 1967 eroberten Gebiete, ihre Besiedlung und die Einführung jüdischen Lebens waren die wichtigsten Grundsätze – ja, eigentlich die einzigen. Die Bedeutung des Landes Israel (*Eretz Yisrael*) überstieg jede politische Realität und jedes andere religiöse Anliegen. Das absolute Recht auf das Land und die Pflicht, es zu besiedeln, waren ebenso wichtig wie alle anderen Gebote zusammen. Die Methoden, die man anwandte, um das Ziel zu erreichen, waren heilig. Im Namen der „Wahrheit“, predigte Kook, sollte man willens sein, bis zum letzten Graben zu kämpfen und auch zu sterben. Er diente seiner Gefolgschaft als Modell dafür, wie man Theologie und Politik in Einklang bringen könnte. Regierungsmitglieder, Abgeordnete der Knesset, Militärbefehlshaber und Mitglieder der säkularen Gesellschaft wurden regelmäßig eingeladen und hörten den theologischen Predigten in der Jeschiwa zu.

Indem er zwischen „hoher“ und „niederer“ Politik auf dialektische Weise schwankte, während er von Beginn der 1970er Jahre an einen kompromisslosen Kampf mit dem politischen Establishment und seinen Repräsentanten um die Siedlungen führte, wussten der Rabbi und seine Schüler, wie man sich des Establishments bediente. Sie pflegten ausgefeilte Netzwerke, die alle staatlichen Institutionen durchzogen, setzten sich wie keine politische Organisation zuvor in den Ministerbüros und in dem des Premierministers fest und zeigten sich dienstbereit, bewaffnet mit himmlischer Rechtschaffenheit und irdischen Forderungen. Sie handelten und lebten, Körper und Seele, wie am Ende aller Tage, am Ende der Geschichte. „Nicht wir erzwingen das Ende, das Ende zwingt uns!“, sagte Kook seinen Studenten, die ihre Mission erfüllen wollten, dieses Ende zu beschleunigen.<sup>15</sup> Sie sahen sich als Avantgarde, die den göttlichen Lauf der Erlösung voranbringt.

Von der ersten Siedlung in Gush Etzion, illegal, aber mit Wissen der Regierung von einer Gruppe von Kooks Schülern nur wenige Monate nach Kriegsende, am Abend des jüdischen Neujahrsfestes im Oktober 1967, errichtet, bis zu den letzten illegalen Vorposten, die vielleicht in diesem Moment auf Hügeln der Westbank geschaffen werden, ist es der Geist von Kook, des Jüngerer, und seiner

<sup>15</sup> Zit. nach: ebd., S. 80.

Gebote, die diese Unternehmungen anleitet. In über vierzig Jahren überschritten fast eine halbe Million israelischer Juden Israels international anerkannte Grenzen und siedelten in den besetzten Gebieten in der Westbank, im Gazastreifen und auf dem Golan. Sie taten dies unter Bruch internationalen Rechts und von Übereinkommen, die es einer Besatzungsmacht untersagen, die eigene Bevölkerung in besetzten Gebieten anzusiedeln.<sup>16</sup> Eine große Anzahl von Siedlungen sind auf Gebieten hinter der Grünen Linie verteilt. Sie bilden große Blocks um Jerusalem herum und auf den westlichen und östlichen Hängen in Samaria. Sie finden sich im Tal des Jordan und um die Stadt Hebron im Süden. Wuchernde „Nachbarschaften“ schließen sich um größere palästinensische Städte wie Nablus, das historische Wirtschafts- und Industriezentrum, oder Ramallah, den Sitz der Palästinensischen Autonomiebehörde.

In den vier Jahrzehnten der Besatzung wurden in den Gebieten rund 120 Siedlungen errichtet, die von den meisten Israelis als „legal“ angesehen werden, sowie zahllose „illegale“ Außenposten. Dicht nebeneinander wurden Jeschivas, verschiedenste Religionschulen, paramilitärische Ausbildungszentren und Industriegebiete eingerichtet. Dutzende von Kilometern lange asphaltierte Schnellstraßen wurden gebaut, die meisten zur ausschließlichen Nutzung durch Siedler und die Sicherheitskräfte. Folgt man einem Sonderbericht des State Comptroller, legten die Siedler allein in den späten 1990er Jahren nicht weniger als 126 Straßen und Dutzende von Umgehungswegen mit einer Gesamtlänge von vielen hundert Kilometern an, um ein Netz zu schaffen, das die Siedlungen miteinander verbindet. Alle diese Baumaßnahmen wurden auf palästinensischem Land vorgenommen, dessen ansässige Einwohner enteignet wurden. Im vergangenen Jahrzehnt wurden mehrere hundert Straßenblockaden errichtet, manche sehr groß und befestigt, mit den ausgefeiltesten Überwachungsinstrumenten, andere kleiner und mobil, aber alle brutal, willkürlich und hässlich, an denen sich Besatzer und Besetzte täglich als Ungleiche im Niemandsland begegnen.

<sup>16</sup> Artikel 49 der 4. Genfer Konvention lautet: „The Occupying Power shall not deport or transfer parts of its own civilian population into the territory it occupies.“ Israel ratifizierte die Genfer Konventionen im Juli 1951.

Der Generalstabschef, einer der Väter des Systems von Checkpoints, gab im Juli 2003 auf dem Höhepunkt der Zweiten Intifada zu, dass „wir, selbst wenn wir den Krieg gewinnen, nicht mehr in den Spiegel schauen können (. . .). Ein Soldat, der eine Straßensperre bewachen muss und die Zugänglichkeit sowie die Versuchungen, die Menschen zum Plündern verführen, trägt nichts zu unserer moralischen Stärke bei.“<sup>17</sup> Angeblich aus Sicherheitsgründen errichtet (interne Armeedokumente belegen, dass „Straßensperren ihre Aufgabe nicht erfüllen, zu verhindern, dass Terroristen oder Material passieren können“<sup>18</sup>), wurden die Straßensperren vor allem deshalb gebaut, um die aggressiven Forderungen der Siedler zu erfüllen und um ihrer Angst angesichts des bewaffneten palästinensischen Widerstands und der blutigen Selbstmordattentate zu begegnen. Statt Sicherheit und Befriedung bringen sie weitere Feindseligkeiten hervor und mehr Hass.

## Erlöser des jüdischen Volkes

Treibende Kraft der Siedlungen ist Gush Emunim, als organisierte, hoch motivierte Bewegung interessanterweise nicht unmittelbar nach dem Krieg von 1967 gegründet, sondern erst nach dem Yom-Kippur-Krieg vom Oktober 1973. Die von diesem Krieg und seinen anfänglichen Rückschlägen ausgehenden Traumata, die moralische Depression und die politische Krise, die ihm folgten, sowie die Pläne zum Rückzug und zur „Truppenentflechtung“ auf dem Sinai schufen perfekte Bedingungen für eine Bewegung, die sich aufgrund kollektiver Ängste, einer Politik des Hasses, der Angst und der Kriegstreiberei in den Vordergrund schob und sich als Retter des jüdischen Volkes präsentierte. Die ersten Siedlungen wurden nicht unter der Flagge von Gush Emunim errichtet, aber die meisten waren von Leuten besetzt, die später zu Führungspersonen von Gush avancierten. Tatsächlich wurden die 19 Siedlungen, die von 1967 bis 1976 in den Gebieten entstanden, unter den Augen von Regierungen errichtet, die von der Arbeitspartei geführt wurden, manchmal unter deren ausdrücklicher Billi-

<sup>17</sup> Interview mit Generalleutnant Moshe Yaalon, in: Yedioth Aharonoth, Weekend Magazine, vom 4.7. 2003.

<sup>18</sup> State Comptroller's Report on the Subject of the Seamline Zone, Jerusalem, Juli 2002, S. 36.

gung, wie die Siedlungen am Jordan, manchmal unter stillschweigender Hinnahme.

Die Gründung von Gush Anfang 1974 fiel mit der Entlassung von General Ariel Sharon aus dem Armeedienst nach dem Yom-Kippur-Krieg zusammen; Sharon versuchte eine Karriere in der Politik. Die Verbindung zwischen dem hedonistischen General und den jungen Fanatikern erwies sich als von Dauer und profitabel, und für Israel ebenso schicksalhaft wie die Begegnung dieser Jugendlichen mit Rabbi Kook. Beide Seiten ähnelten sich in ihrer Selbstwahrnehmung als Auserwählte, als Träger einer größeren Mission als gewöhnliche Politiker, nach höheren Gesetzen handelnd.

Die historische Begegnung zwischen dem General und den Kadern des ultrareligiösen Zionismus fand statt während des Kampfes gegen die Truppenentflechtung und den Rückzugsplan auf dem Sinai, den der amerikanische Außenminister Henry Kissinger verfolgte. Die massiven Demonstrationen gegen die Israel-Besuche Kissingers 1974 und 1975 verlieh Gush einen einzigartigen Status in der israelischen Politik und schuf eine enge Verbindung mit dem ehemaligen Krieger. Sharon nahm an den Geheimtreffen der Spitzen von Gush teil und wurde zur grauen Eminenz. Er verlangte „machtvolle, breit angelegte Maßnahmen“ gegen Kissinger und die Regierung sowie ein kriegerisches Vorgehen gegen „jene, die eine solch schändliche Lage verursacht haben“, und forderte, „dass wir jeden Tag neue Siedlungen einrichten und den Amerikanern zeigen sollten, dass die Regierung Rabin keine Unterstützung für einen Rückzug aus Judäa und Samaria hat“.<sup>19</sup>

Die Invasion in Sebastia, in Samaria, durch Gush Emunim im Dezember 1975 war ein entscheidendes Ereignis in der Geschichte der Siedlungen, und auch hier spielte Ariel Sharon eine Schlüsselrolle. Es bedeutete nicht nur, „ein Messer ins Herz des Palästinismus zu stoßen“, wie es Mitglieder von Gush formulierten, sondern den Durchbruch der Organisation ins das israelische Bewusstsein. Vor dem Hintergrund der bröckelnden, verlassenen türkischen Bahnstation bildeten die Mitglieder von Gush wie leidenschaftliche

<sup>19</sup> Ma'ariv correspondent, Sharon: Mess up Kissinger's Visit, in: Ma'ariv vom 3. 3. 1975.

Gläubige einer ekstatischen, rituellen Sekte einen Kreis und sangen laut ihre inoffizielle Hymne, die sie dem täglichen Gottesdienst entnommen hatten: „Beschließt einen Rat, und es werde nichts daraus; beredet euch, und es geschehe nicht! Denn hier ist Immanuel!“<sup>10</sup>

Das Ereignis von Sebastia enthielt alle Elemente des Phänomens Gush Emunim: eine Gruppe junger Radikaler mit messianischem Glauben, die das Recht und die Entscheidungen der gewählten Institutionen des Staates mit Füßen trat, indem sie eine mystische und irrationale Weltsicht mit einer modernen, rationalen, effektiven Wahrnehmung und mit Handlungsoptionen verband. Eine Doppelstrategie wurde angewandt: Man näherte sich dem Endkampf mit der geduldigen, scharfsinnigen Interpretation einer unvollkommenen Wirklichkeit und mit einer umfassenden Ideologie der Illegalität. Sieben Versuche, in Sebastia zu siedeln, wurden unternommen, und jedes Mal vertrieb die Armee die Eindringlinge. Vor dem achten Versuch, sorgfältig wie eine Militäroperation geplant, wurden Tausende mobilisiert – einschließlich Familien mit Kindern, die auf den Hügel zogen. Die Absicht der Anführer war es, nicht nur gegen eine „schwache“, „diasporische“, „zurückweichende“ Regierung zu demonstrieren, sondern einen umfassenden Schlag auszuführen, der eine Alternative zum demokratischen Rechtsstaat und seinen Institutionen darstellen sollte.

## Fleißiger Botschafter

Sharon ernannte sich selbst zum Botschafter von Gush Emunim gegenüber dem politischen System und zum praktischen Umsetzer ihrer messianischen Anschauungen. Zunächst, vor der historischen Niederlage der Linken 1977, stand Sharon Seite an Seite mit den kookistischen Siedlern gegen den Staat Israel. Die erste Regierung Yitzhak Rabins wurde vom Gush mit dem britischen Kabinett während der Mandatszeit gleichgesetzt. Schlimmer noch, die Rückzugspläne der Regierung wurden mit Hitlers Plan, Europa „judenrein“ zu machen, verglichen. Sharon war die erste öffentliche Person, die Soldaten dazu drängte, Befehle, Siedler aus illegalen Siedlungen zu evakuieren, zu missachten.

<sup>10</sup> Jesajah 8:10.

Seine Stimme hatte Gewicht aufgrund seiner langen militärischen Karriere und aufgrund des Heiligenscheins, den er als Held, der 1973 den Suezkanal überquert hatte, erlangt hatte. „Das ist eine politische Angelegenheit“, erklärte Sharon den Offizieren, das Militär dürfe nicht eingreifen. Dreißig Jahre später befahl er als Premierminister den Befehlshabern der Israel Defense Forces einen eben solchen Akt der Räumung von Siedlungen in Gaza, deren Errichtung er einst unterstützt hatte. Dieses Mal wandten sich die Siedler gegen ihn, und manche riefen die Befehlshaber und Soldaten zum Ungehorsam auf.

Der in Sebastia von Sharon als Sonderberater des Premierministers Rabin erreichte Kompromiss wurde als großer Erfolg für die Siedler gewertet, denn „er öffnete die Tür für Siedlungen in ganz Judäa und Samaria“.<sup>11</sup> Tatsächlich war es der erste Schritt zur massiven Besiedlung. Es war zugleich eine wichtige Etappe beim Sturz der Rabin-Regierung. Ihr wiederholtes Nachgeben gegenüber dem Druck der Siedler und die vielen Wohltaten, die auf sie herabregneten, verfehlten ihre Wirkungen bei der Parlamentswahl nicht. Am 17. Mai 1977 kam erstmals in der israelischen Geschichte eine rechte Regierung an die Macht. Gush Emunim hatte eine wichtige Rolle bei dieser Umwälzung gespielt.

Betrachtet man das vergleichsweise nachgeordneten und prestigelosen Amt des Landwirtschaftsministers – der neue Premierminister Menachem Begin hatte sich geweigert, ihm das Verteidigungsministerium zu übertragen –, wandelte Sharon sein Amt und das Komitee für Siedlungsangelegenheiten, dem er vorstand, in ein Schlüsselinstrument zur Einrichtung neuer Siedlungen in den Gebieten um. Weder die Einwände von US-Präsident Jimmy Carter, noch Begins Zögerlichkeit oder die Ansichten seiner Ministerkollegen, die jedes extreme Vorgehen in den Gebieten öffentlich verurteilten, hinterließen Eindruck bei Sharon, dem Newcomer im Likud. Ende September 1977 stellte er dem Kabinett seinen Siedlungsplan vor. Sein Komitee wählte den Ort jeder neuen Siedlung aus, beschloss über ihren Umfang und ihre

Größe auf kurze und auf lange Sicht und bestimmte die Körperschaft, die für sie verantwortlich war. Seine Entscheidungen bezogen sich auch auf das Ausmaß der staatlichen Beteiligung bei der Zuteilung von Land, Mitteln für die Infrastruktur und Kosten der Baumaßnahmen. Die massive, systematische Errichtung von so vielen Siedlungen wie möglich in kürzester Zeit, möglichst weit verstreut in der Westbank, war Sharons Modus operandi. Er versicherte seinen Ministerkollegen, dass gegen Ende des 20. Jahrhunderts zwei Millionen Juden in den besetzten Gebieten siedeln würden.

Innerhalb weniger Jahre wurde die hügelige, steinige Landschaft der Westbank mit Dutzenden von Siedlungen überzogen. Die Samen schienen zufällig gestreut, aber die Hand des Sämannes zielte auf strategische Punkte und auf die Umgebung der großen palästinensischen Städte; nicht eine wurde übersehen. Sharon hatte rasch und entschlossen gehandelt, nicht nur, weil er es schon immer so gehalten hatte, sondern auch im Bewusstsein, dass die Zeit diplomatisch und politisch gegen ihn lief.

## Das Land des Sultans

Kurz nach dem historischen Besuch von Ägyptens Präsident Anwar Sadat in Israel, bei dem er mit seiner Friedensrede in der Knesset die Herzen der meisten Israelis gewann, trafen sich Israelis und Ägypter bei einem von den Amerikanern in die Wege geleiteten Gipfeltreffen. Auf dem Tisch lagen Vorschläge für ein Friedensabkommen, die einen Rückzug aus dem Sinai und Autonomie für die Westbank einschlossen. Als Premierminister Begin in Camp David den Autonomieplan diskutierte, entwarf Gush Emunim einen eigenen „Friedensplan“: die Besiedlung der Gebiete mit Millionen von Juden. Fast eine halbe Million hatte sich bereits auf palästinensischem Gebiet festgesetzt, mit direkter oder indirekter Hilfe der verschiedenen Regierungen, und Israel wurde in eine Besatzung getrieben, die seine Existenz und Legitimität untergräbt.

Als der Oberste Gerichtshof 1979 von palästinensischen Bewohnern angerufen wurde, deren Land „aus Sicherheitsgründen“ (ein Euphemismus für die Siedlungen) beschlag-

<sup>11</sup> So die Führer der Siedler Hanan Porat, Benny Katzover und Menahem Felix, zit. nach: Shlomo Nakdimon/Arieh Tzimuki, *The Protocols of the Mediators of Kadum*, in: *Yedioth Aharonoth* vom 30. 4. 1976.



nahmt worden war, urteilte der High Court of Justice erstmals, im Fall von Elon Moreh, dass die Besatzungsbefehle der Armee gegen palästinensisches Land null und nichtig seien und dass die Siedlungen geräumt werden müssten. Vor allem die Siedler verstanden die Implikationen dieses Rechtsspruchs, der als „Elon-Moreh-Urteil“ in die israelische Siedlungs- und Rechtsgeschichte eingehen sollte. In einer beispiellosen Erklärung analysierten die Verfasser von Gush Emunim den Rechtsstatus der besetzten Gebiete und der Siedlungen. Obwohl dieses Dokument dafür bestimmt war, die Rechtslage in Frage zu stellen, enthüllte es eine Wahrheit, welche die israelische Gesellschaft lange nicht anerkennen wollte. „Israel hat ein *Besatzungsregime* in Judäa, Samaria, dem Jordantal und dem Gazastreifen errichtet“, hieß es. „Unter internationalem Recht kann es nur dann zu einer Militärherrschaft kommen, wenn die Besatzungsmacht fremdes Land betritt, *das ihr nicht gehört* (...). Die Besatzungsmacht herrscht über ein solches Gebiet nur mit zeitlicher Begrenzung, bis zum Frieden (...). In fremdem Gebiet, das besetzt worden ist, darf die Besatzungsmacht keine Fakten schaffen: Sie (...) darf ihre eigene Bevölkerung dort nicht ansiedeln, sie darf kein Land enteignen, sie darf nur das tun, was notwendig ist, um die Besatzung aufrecht zu erhalten und was zur Versorgung der ansässigen Bevölkerung notwendig ist.“

Durch die Anwendung des Besatzungsrechts im Herzen von Eretz Israel, hieß es anklagend in dem Dokument, hätten die Regierungen anerkannt, dass „Judäa und Samaria, von unserem Standpunkt aus, fremdes Land ist, das besetzt worden ist (...). Unsere Anwesenheit in Judäa und Samaria ist nur befristet.“ Weiter heißt es: „Mit dem Elon-Moreh-Urteil [hat der Oberste Gerichtshof formuliert, I.Z.], *dass die militärischen Erforderlichkeiten zeitlich begrenzt seien und dass deshalb keine weitere, permanente Besiedlung (...)* vorstellbar ist (...).“ Deshalb, so die Siedler, „ist dem gesamten jüdischen Siedlungsvorhaben in den befreiten Gebieten der Boden unter den Füßen entzogen worden. Das Schicksal von 20 000 neuen Siedlern, die Millionen von israelischen Pfund, die in die Sicherheit Israels, das ohne Judäa und Samaria nicht verteidigt werden kann, investiert wurden, das Schicksal der vertrautesten und geliebtesten Stellen unseres Heimatlandes –

all das hängt nun in der Luft, wie Chagall-ähnliche Diasporabilder, ohne Land.“<sup>12</sup>

Mit Hilfe des Rechtssystems wurde ein Weg gefunden, das Urteil des Obersten Gerichtes zu umgehen. Die Wiederbelebung des Landrechts aus dem Osmanischen Reich von 1858 ermöglichte einen umfassenden Wandel des Status des Landes in der Westbank, indem weite Gebiete zu „Staatsland“ erklärt wurden. Dem osmanischen Status gemäß gehört Land, dessen Besitzer nicht ermittelt werden kann, dem Sultan. Der „Sultan“ der besetzten Gebiete ist seit 1967 die israelische Regierung. Die besten und hellsten Köpfe in Israels Rechtssystem machten sich daran, große Gebiete, fast die Hälfte der Westbank, zu „Staatsland“ zu erklären, um Land für jüdische Siedlungen für mindestens ein Jahrhundert im Voraus bereitstellen zu können. Dadurch beraubte Israel die Palästinenser ihres kollektiven und ihres öffentlichen politischen Lebens. Im Ergebnis wurde die Westbank in den 1980er Jahren mit einem Teppich aus Dutzenden neuer jüdischer Siedlungen überzogen, nicht nur, um die Vision und die Ideologie von „Großisrael“ zu erfüllen, sondern auch, um die jüdische Besiedlung unumkehrbar zu machen.

## Angst vor dem Frieden

Der Friedensvertrag mit Ägypten und die Enthüllungen über eine jüdische Terrorgruppe Mitte 1980er Jahre, die geplant hatte, die Moscheen auf dem Tempelberg zu sprengen, trafen Gush Emunim empfindlich. Die Organisation, die sich einst aus einer Politik der Angst und des Säbelrasselns gegründet hatte, konnte nicht überleben, wenn sie mit der Möglichkeit des Friedens in einem Klima der Verhandlungen konfrontiert wurde. Die Tage des Sturm und Drang waren vorüber, und die Mühen des Alltags hatten sie ersetzt.

Doch die Siedlungen schossen auch nach dem Machtantritt der Regierung der Nationalen Einheit aus dem Boden, wenn auch in verringertem Umfang. Der Zerfall der Regierung im Jahr 1990 und die Bildung einer Rechtskoalition beseitigte alle Hemmungen. Riesige Finanzmittel wurden über Mittelsmänner in

<sup>12</sup> The Land Trap: The Legal Situation. Gush Emunim document pursuant to the Elon Moreh ruling, Dezember 1979 (Hervorhebungen im Original).

die Siedlungen transferiert. Gewöhnliche Israelis, die ihre Häuser ausbauen und ihre Lebensqualität verbessern wollten, wurden durch „Deals“ in die Gebiete gelockt: freies „Staatsland“ für alle Neuankömmlinge, zinslose Kredite, die sich nach wenigen Jahren in Zuschüsse verwandelten, Ausbau der Infrastruktur zur Wasser- und Elektrizitätsversorgung, bessere Schulen, bessere Verteidigung – alles kostenfrei.<sup>13</sup> Nach und nach übernahmen viele der neuen Siedler die ideologischen und religiösen Rechtfertigungen dafür, in geräumigen Häusern zu wohnen, die nur ein Viertel des in Israel Üblichen gekostet hatten, und sie assimilierten sich mit der heiligen Herde.

Die Versuche der 1992 nach der Rückkehr der Arbeitspartei an die Macht zustande gekommenen zweiten Regierung Rabin, neue Wege zu gehen, und die historische Unterschrift unter dem Oslo-Abkommen in Washington im September 1993 trugen zur Wiederbelebung des Gush bei, der einen erbitterten Krieg gegen Rabin entfacht hatte, um ihn persönlich und politisch zu diskreditieren.<sup>14</sup> Eine noch nie da gewesene Kampagne koordinierter Empörung trug zu einem Klima bei, das am 4. November 1995 in der Katastrophe der Ermordung eines israelischen Premierministers durch einen israelischen Bürger gipfelte.

Nun änderte sich tatsächlich die Richtung der Politik, allerdings nicht so, wie es sich Rabin erträumt und wofür er gearbeitet hatte. Seine Nachfolger kehrten zur Politik der Kapitulation vor den Erpressungen der Siedler zurück – im Wissen um das Schicksal desjenigen, der es gewagt hatte, ihren Forderungen entgegenzutreten, und der Israel aus ihrem Würgegriff befreien wollte. Täglich wurden neue Siedlungen an strategischen Punkten errichtet, verbrämt als „Nachbarschaften“ oder als Außenposten. Die „erweiterte“ Bevölkerungszahl der Siedlungen, einschließlich der „Nachbarschaften“ um Jerusalem, verdoppelte sich in den Jahren von 1996 bis 2005.

<sup>13</sup> Vgl. Onn Levy, Secret Government Decision: Free Land in Judea-Samaria-Gaza, in: Davar vom 26. 7. 1991.

<sup>14</sup> Vgl. In Lieu of an Editorial, in: Nekuda, 169 (1993) June, S. 11.

Auch während der Amtszeit von Ehud Barak von der Arbeitspartei, der 1999 mit einem Wahlprogramm des Friedens Erfolg gehabt hatte, dehnten sich die Siedlungen weiter aus. Die Fragmentierung und Zerstückelung der palästinensischen Gebiete aufgrund der Siedlungen, die Straßensperren und die willkürliche „Sicherheitsbarriere“, die Israel auf palästinensischem Gebiet errichtet hat, verhindern jedes Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Palästinensern, von demokratischen Einrichtungen, gesellschaftlichen Strukturen und Solidarität nicht zu reden. Rechte und Linke, Sharon und Barak, waren gleichermaßen blind gegenüber der Wirklichkeit der Siedlungen und der Besatzung den Gebieten, und sind in gleicher Weise mitverantwortlich für den Beginn der palästinensischen Intifada im Herbst 2000.

Obwohl die Siedler einen schmutzigen Krieg gegen Sharons Abzugsplan aus Gaza führten, mit grotesken Holocaust-Vergleichen und apokalyptischen Drohungen ihrer Rabbis, sind sie sich über die Unterschiede zwischen den Absichten Rabins und Sharons Plan dreizehn Jahre danach im Klaren. Denn hinter der offenen Konfrontation über die Siedlungen im dicht besiedelten Gazastreifen und im Zentrum der Welle des Hasses, welche die Siedler in den Monaten und Jahren vor dem israelischen Rückzug aus Gaza gegen Premierminister Sharon entfacht hatten, stimmen die Ziele der Siedler und Sharons noch immer überein: die Existenz einer größtmöglichen Anzahl von Siedlungen in der Westbank und die Bewahrung und der Ausbau der großen Siedlungsgebiete, die jede Möglichkeit verhindern, einen lebensfähigen und zusammenhängenden palästinensischen Staat zu schaffen.

Auch nachdem sich Sharon den Kräften der Natur ergeben hat und auf eine fast mythische Weise aus dem politischen Leben verschwunden ist, hat sich sein Plan, jede Bewegung zum Frieden und jeden Schritt zur Räumung der Siedlungen in der Westbank einzufrieren, als erfolgreich erwiesen. Der Dämon der Siedlungen sucht sowohl die israelische wie die palästinensische Gesellschaft weiter heim; große Mehrheiten beider Gesellschaften kennen keine andere Realität und können sie sich auch nicht vorstellen.

David Witzthum

# Israels Medien in Zeiten der Not

schläge gefestigt; die Wurzeln ihres Einflusses gehen bis auf den Anfang des jüdischen Siedlungswerks zurück.

## Medien in Israel

Als die israelische Regierung einräumte, im Zweiten Libanonkrieg gegen die Hisbollah im Sommer 2006 gescheitert zu sein, mussten der Verteidigungsminister, der Generalstabschef, hohe Generäle und Offiziere zurücktreten. Ein Ermittlungsausschuss kam zu verheerenden Schlussfolgerungen. Ministerpräsident Ehud Olmert versprach, seine Lehren zu ziehen, indes forderte Außenministerin Zipi Livni und die Mehrheit

**David Witzthum**  
M.A., geb. 1948; Chefredakteur und Moderator, Foreign Affairs Commentator, Israel Broadcasting Authority, Television House, Rommema, Jerusalem 91071/Israel. witzthum@gmail.com

der Kommentatoren in Presse und elektronischen Medien seinen Rücktritt. Hunderttausende, unter ihnen auch Reserveoffiziere, demonstrieren gegen die Regierung. Der Schriftsteller David Grossman, der seinen Sohn in diesem Krieg verloren hatte, bezeichnete Olmerts Führungsstil als „hohl“ und weigerte sich, ihm die Hand zu reichen. Die öffentliche Unterstützung für Olmert sank auf weniger als fünf Prozent – ein Negativrekord in der Geschichte des Staates Israel.

Dagegen erlebten Israels Medien während und nach dem Krieg einen Höhepunkt. Sie waren unmittelbar zur Stelle, öffneten ihre Studios und schickten Korrespondenten innerhalb von Minuten nach Ausbruch der Kämpfe an die Nordgrenze. Ihre Sender waren die eigentliche Bühne und brachten im Verlauf des Kriegs kontinuierliche Berichterstattungen von allen Orten. Die Reportagen erwiesen sich als effektiv, glaubwürdig und sachverständig. In der anfänglichen Kampfphase waren sie „patriotisch“, sie wurden kritisch, als Zweifel in Bezug auf Israels Fähigkeit aufkamen, die Hisbollah zu schlagen und die Bewohner des Nordens vor den Katjuscha-Raketen zu schützen. Die Medien haben ihre Machtposition in den Jahren der An-

Die jüdische, vorstaatliche Medienwelt war schon etwa hundert Jahre vor Gründung des Staates Israel – in Polen, Deutschland, den USA und anderen Ländern wie auch in Palästina (*Eretz Israel*) – aktiv gewesen, ob auf Hebräisch oder in anderen Sprachen. 60 Jahre nach der Staatsgründung sind Israels Medien an einem Scheideweg angelangt, sowohl, was ihr Verhältnis zum Staat und zur Regierung betrifft, die sich in einer Krise befindet und unpopulär ist, als auch in Bezug auf die eigene Identität in Zeiten des Internets und der Mobiltelefone.<sup>1</sup>

In den israelischen Medien konkurrieren zwei Tendenzen miteinander: zum einen der Anspruch, den Staat zu repräsentieren und ihn gegen private, partikuläre Sektoren, externe Kritik und Anfeindung zu verteidigen. Dieser Anspruch beeinflusst die Berichterstattung und unterscheidet sie von dem Bild, das sich etwa in Europa durch internationale Sender und Auslandskorrespondenten ergibt, die mit einer beispiellosen und rational kaum erklärbaren Intensität aus Israel berichten. Zum anderen hat sich das Schwergewicht der israelischen Medien auf den kommerziellen, zentralisierten und hegemonialen Privatsektor verlagert. Die letzten in öffentlicher Hand verbliebenen Medien – die staatlichen Sendeanstalten, der Armeesender *Galei Zahal* und die Bildungsprogramme – kämpfen ums Überleben und sind ähnlich wie europäische öffentliche Sendeanstalten gezwungen, sich durch Werbung, Sponsoren und Unterhaltungsinhalte einen kommerziellen Touch zu geben.

Es lassen sich vier Phasen der Entwicklung der israelischen Medienlandschaft unterscheiden. Eine *erste Phase*, in der die Presse das ideologische, parteipolitische Sprachrohr verschiedener kultureller, ideologischer und sozialer Gruppen im *Jeschuw* war, dauerte bis

Übersetzung aus dem Hebräischen: Antje Eiger, Tel Aviv/Israel.

<sup>1</sup> Vgl. Gabriel Weimann, *Terror on the Internet: The New Arena, the New Challenges*, Washington, D.C. 2006.

in die 1960er Jahre. Vor der Gründung des Staates war die hebräische Presse Teil einer europäischen politischen Kultur. Sie sah in Europa ihren kulturellen, sprachlichen Anker, ja eine Heimat.<sup>12</sup> Die große Katastrophe, die Shoa der europäischen Juden, wurde von der Presse als unfassbarer Verrat angesehen, den die Kulturnation Deutschland an seinen Juden beging. Einige Jahre später schrie die Presse in Israel erneut auf, als Europa die arabischen Länder politisch unterstützte und sich israelfeindlich zeigte.

In einer *zweiten Phase* entstand ein staatlicher Einheitskurs. Seit der Staatsgründung ließen David Ben-Gurion und seine Leute den Begriff der „Eigenstaatlichkeit“ in Israels Ideologie einfließen, um der Aufsplitterung des Landes entgegenzuwirken, bei der Integration der Einwanderungswelle der 1950er Jahre durch Schaffung eines gesellschaftlichen Schmelztiegels zu helfen und eine eigene israelische Kultur zu schaffen.<sup>13</sup> Dabei wurde selbst die Shoah vereinnahmt. Dies betraf insbesondere den Eichmann-Prozess 1962, der vom staatlichen Radio direkt übertragen und zum zentralen Thema im israelischen Mediendiskurs wurde. Das Konzept der „Eigenstaatlichkeit“ führte in den 1960er Jahren zur Gründung und Blütezeit der staatlichen Sendeanstalten, des Armeesenders, der Armeepresse und der staatlichen Bildungsprogramme, insbesondere vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Abneigung, die junge Israelis, angeführt von Intellektuellen, Schriftstellern und Kulturschaffenden, gegenüber dem parteipolitischen Establishment hegten. Die Generation von Levi Eshkol, Zerach Wahrhaftig und Israel Galili, die als graue Politaktivisten galten, schien mit Blick auf die neuen Helden Mosche Dayan oder Yitzhak Rabin zu verschwinden, welche insbesondere mithilfe von Radio und staatlichem Fernsehen die Szene eroberten.

<sup>12</sup> In den 1930er Jahren gab es im Land Israel mehr deutsch- als hebräischsprachige Zeitungen. Dennoch leisteten die deutschstämmigen Juden ihren Hauptbeitrag zur Presse auf Hebräisch. Hier sind vor allem Gershom Schocken (Haaretz), Azriel Carlebach (Maariv) und Uri Avneri (Haolam Haseh) zu nennen. Vgl. David Witzthum, Deutsche Presse in hebräischer Sprache: Drei Wendungen und ihre Bedeutung, in: Moshe Zimmermann/Yotam Hotam (Hrsg.), *Zweimal Heimat: Die Jekkes zwischen Mitteleuropa und Nahost*, Frankfurt/M. 2005, S. 287–294.

<sup>13</sup> Vgl. Charles D. Liebman/Elieser Don-Yihya, *Civil Religion in Israel*, Berkeley 1983.

Das Fernsehen setzte dem die Krone auf, als es den Sendebetrieb symbolträchtig mit der Übertragung der Militärparade im Mai 1968 in Jerusalem aufnahm. Die Siegesparade, ein Jahr nach dem Sechstagekrieg, kündete vom Weg, den die neuen staatlichen Medien einschlagen sollten.

Die große Krise nach dem Yom-Kippur-Krieg förderte in einer *dritten Phase* Risse im staatlichen Einheitsdiskurs zutage. Der Umschwung setzte der Mapai-Regierung ein Ende und führte im Sommer 1977 zum Machtantritt der Rechtsregierung von Menachem Begin. Plötzlich standen andere Themen auf der öffentlichen Agenda. Erstmals zeigten die Medien eine gesplante Gesellschaft: In der Außen- und Sicherheitspolitik, in den Beziehungen zu den arabischen Staaten und zu den Palästinensern, im ideologischen Kampf um *Eretz Israel* gingen die Meinungen auseinander. Plötzlich wurden die besetzten Gebiete zu einem Problem, in dessen Mittelpunkt die Siedlungen standen. Die Spannungen zwischen Säkularen und Religiösen, zwischen „Israeli-“ und „Judentum“ nahmen zu und waren mit Fragen des nationalen Erinnerns in all seinen Komponenten und insbesondere mit dem Thema Shoah und der Einstellung zu Deutschland verknüpft. Die Medien, die mehrheitlich links der neuen Regierung standen, übernahmen das heroisch-jüdische Narrativ von Begin und insbesondere Themen mit Bezug zur Shoah.

In einer *vierten Phase* begann die israelische Gesellschaft, in ihre ethnischen, kulturellen und religiösen Bestandteile zu zerfallen.<sup>14</sup> Die Gesellschaft spaltete sich in sechs große „Stämme“.<sup>15</sup> Israels Araber hoben sich durch ihre Sprache, ihren Glauben (Moslems, Christen und insbesondere Drusen), durch Lebensstil, Tradition, Wohnort, Erziehungswesen und politische Parteien, die „arabisch“ geworden waren, deutlich ab. Einen zweiten „Stamm“ bildeten die Russen, die ihre Kultur,

<sup>14</sup> Vgl. u. a. Baruch Kimmerling: *The Invention and Decline of Israeliness*, Berkeley 2001.

<sup>15</sup> Die israelische Gesellschaft lässt sich selbstverständlich auch anders analysieren. Die Araber unterteilen sich in mehrere ethnische und religiöse Gruppen, die Russen nach Herkunftsstaaten und Integrationsstatus, die Ultraorthodoxen in unzählige Rabbinerhöfe, die „Israelis“ in verschiedene Untergruppen; die äthiopischen Einwanderer sind gar nicht aufgeführt.

Sprache, Politik und ihre Medien nach Israel gebracht hatten. Die Ultraorthodoxen zeichneten sich durch Glauben, Sprache, Erziehung, Kleidung, getrennte Wohngegenden und Tradition, durch religiöse Parteien und völlig andere Medien als die der Säkularen aus. Religiöse orientalischer Herkunft – Juden vor allem aus Marokko, Tunesien und dem Irak – bildeten einen vierten „Stamm“ und sammelten sich in den 1980er Jahren um Rabbiner Ovadia Josef und die Schas-Partei. Den fünften „Stamm“ bildeten die Nationalreligiösen, unter ihnen Siedler, die sich ebenfalls von der säkularen israelischen Kultur abzuheben begannen und eigene Parteien, Erziehungsinstitutionen und Medien entwickelten. Der sechste „Stamm“ waren jene, die sich ohne Identitätszusatz oder religiöse Definition einfach „Israelis“ nannten. Sie gehörten der säkularen, sozialistischen Linken an, waren Liberale oder traditionelle Rechte, ja selbst Religiöse, Aschkenasi und Sefarden.<sup>16</sup> Die Herrschaft in Israel liegt noch immer beim „Stamm der Israelis“, wengleich sie in der Minderheit sind.

Die Zersplitterung von Kultur und Gesellschaft hat sich zugespitzt. Israel ist zur blutigen Arena der Terrorbekämpfung und von Anschlägen geworden, die das Alltagsleben und die Städte zum Schauplatz von nationalen und internationalen Direktübertragungen, zum zentralen Teil einer schwierigen und schmerzhaften Nationalgeschichte machten, die schnell zu einer internationalen wurde. Medien aus der ganzen Welt waren darauf gut vorbereitet, etwa CNN und ähnliche westliche Medien, aber auch arabische Satelliten-sender wie Al-Dschasira, das internationalen Zuspruch gefunden hat. Es waren vor allem internationale Medien und die Weltöffentlichkeit, die in Israel, den USA und den entwickelten westlichen Ländern die Mitverantwortlichen für den Ausbruch der Terrorwelle sahen – eine Haltung, die Osama Bin Laden und die Anführer des islamistischen Terrors vor allem im Iran vertraten. Gleichzeitig distanzierte sich die Öffentlichkeit in den meis-

ten Staaten der Welt von der israelischen Position im Nahostkonflikt und sieht in Israel eine Gefahr für den Weltfrieden, wie dies auf dramatische Weise aus der Umfrage „Euro-Barometer“ hervorgeht, die 2003 in Europa durchgeführt wurde.<sup>17</sup>

## Terroranschläge in den Medien

Israels Medien haben zentrale gesellschaftliche und kulturelle Aufgaben übernommen: Sie vermitteln der Gesellschaft ein Gefühl der Solidarität und leben Engagement für das Kollektiv und das nationale Leben vor.<sup>18</sup> Seit dem Herbst 2000 ist die eigentliche Front, an der die Medien tätig sind, die Auseinandersetzung mit den Palästinensern. Dabei war es nicht die Intifada, die das Gesicht der Medien veränderte. Ähnlich wie bei der Ersten Intifada stellten Redakteure und Kommentatoren der Nachrichtensendungen ihr Arbeitsinstrument in den Dienst von Regierung und Establishment. Und selbst wenn sie dies kritisch taten, halfen sie jenen beim Überleben.<sup>19</sup> Die Ziele der Terroristen, das israelische Bewusstsein und Leben zu erschüttern, wurden verfehlt. Dazu trugen die Marathonübertragungen der Anschläge bei, die sich im Charakter der Übertragung von ihren Vorgängern unterschieden. Die Auseinandersetzung mit den Terrorangriffen betrieb Sinngebung, stärkte Identitäten und schuf kulturelle und innergesellschaftliche Solidarität. Zusammen mit einem paradoxen Prozess der Entpolitisierung in Bezug auf die Auseinandersetzung und den Konflikt hat sie zum Aufspüren von Wurzeln und „tiefgehenden“ Verankerungen geführt.<sup>10</sup>

Die im Folgenden beschriebenen Prozesse laufen wie bei allen Gesellschaften in einer ähnlich kritischen Lage parallel. Die Momente unmittelbar nach einem Terroranschlag sind immer von Ungewissheit geprägt und mit ängstlicher Erwartung gefüllt. Innerhalb von wenigen Minuten strahlen alle israelischen Fernsehsender Sondersendungen aus. Diese sind keine Nachrichtensendungen, ob-

<sup>16</sup> Auf unverbindliche Weise lassen sich folgende Prozentsätze anführen: Araber ca. 18 %, Russen ca. 14 %, Ultraorthodoxe ca. 6–8 %, orientale Religiöse ca. 10 %, Nationalreligiöse 7–8 %, „Israelis“ etwas über 40 %. Viele der jungen Russen sehen sich als Israelis und Zionisten, gleiches gilt auch für Juden orientalischer Herkunft, selbst wenn sie religiös sind, und für die weniger extremen Nationalreligiösen.

<sup>17</sup> The European Commission, Iraq and Peace in the World, Flash Barometer 2003.

<sup>18</sup> Vgl. David Witzthum, Mahadura Meyuchedet (Breaking News), Jerusalem 2006.

<sup>19</sup> Vgl. Tamar Liebes, Reporting the Arab Israeli Conflict, London 1997.

<sup>10</sup> Vgl. Tamar Liebes/Paul Frosh (Hrsg.), Meeting the Enemy in the Living Room, Tel Aviv 2007 (Hebräisch).

## Dimensionen der Bedeutungsgebung

gleich sie aus Nachrichtenstudios und von Nachrichtensprechern gesendet werden. Es handelt sich um das Gegenteil: rituelle Zeremonien, bei denen der Moderator als eine Art Priester fungiert, der die Zeremonie leitet. Alle Augen sind auf ihn gerichtet: im Studio, mit Hilfe von Kameras und Spotlicht und von draußen, durch die Zuschauer, ob bei der Arbeit, im Café oder zu Hause. Die Sendung beginnt mit vermeintlichen Fakten. Dann werden Fragen gestellt, es wird berichtet. Und doch liegt ihre Bedeutung im Aufruf an die Zuschauer, sich zu vereinen, zu Freunden innerhalb eines Kollektivs zu werden.

Die Übertragungen von Anschlägen folgen klaren Regeln, die jedoch niemals im Voraus niedergeschrieben sind und deren Ende nicht bekannt ist. So wird das Drama gewahrt. Im weiteren Verlauf der Sendung verschwindet die Ungewissheit.

Bei Übertragungen von Anschlägen verschwinden maßgebliche journalistische Werte wie Objektivität, Professionalität, oder Neutralität, welche die Arbeit des Nachrichtensprechers auszeichnen. Nun wird Anteilnahme und Identifikation verlangt. Die Phasen der Zeremonie wiederholen sich: der Wettlauf zur Klärung von Informationen und Einzelheiten, das Verstehen seiner Bedeutung, erste organisatorische Aktivitäten, Räumungs- und Rettungsarbeiten, die Wiederherstellung der Ordnung, gefolgt von Heilung, Bestattung, Trauerarbeit und Anteilnahme. Dem stehen Anschuldigungen, Verzweiflung und Wut, angekündigte Vergeltung und Rache gegenüber. Der Sprecher im Studio und die Korrespondenten vor Ort werden von bekannten Teilnehmern und Interviewpartnern begleitet, die gute Wünsche oder ihr Bedauern aussprechen oder beten. Später erklingen den Umständen entsprechende Lieder und Melodien. Der Ort des Anschlags ist eine Art Altar, auf dem Opfer gebracht wurden. Innerhalb des Rituals werden Muster erkenntlich, die derartige Fernsehübertragungen ans rettende Ufer, zur wiedereinkommenden Routine, führen, die sich selbst und den Zuschauern eine neue Dimension gibt, ihre Mitgliedschaft im Kollektiv verfestigt und bestätigt, sie vielleicht sogar neu „erfindet“. <sup>11</sup>

<sup>11</sup> Die Fakultät für Medien an der Hebräischen Universität ist in der Erforschung dieses Bereichs (leider) führend. Vgl. beispielsweise: Tamar Liebes, *Television*

Das Fernsehen mit sämtlichen Medien im Gefolge hat sich seit Beginn der Anschläge im Herbst 2000 dafür engagiert, Terroranschlägen eine gesellschaftliche, kulturelle und letztlich auch nationale Bedeutung zu verleihen. Dadurch wird der Terroranschlag von einem anonymen, statistischen Vorfall zu einer besonderen Geschichte mit Namen, Identität und Kontext.

Der Anschlag auf das Delfinarium im Juni 2001 in Tel Aviv etwa, bei dem mehr als zwanzig Jugendliche „aus der Sowjetunion“ während eines Diskothekenbesuchs ums Leben kamen, wurde eindringlich in das kollektive nationale Gedächtnis gemeißelt – eine Art „Eintrittskarte“ für die Einwanderer aus Russland in die israelische Gesellschaft und Kultur. Die negativen Stereotypen von Russen, die in Israel vor dem Anschlag kursierten, verschwanden größtenteils aus dem Mediendiskurs. <sup>12</sup> Der Anschlag, der 2002 am Seder-Abend des Passover-Fests auf das Park-Hotel in Netanya verübt wurde, hat 27 Menschen das Leben gekostet und wurde mit der Shoah in Zusammenhang gebracht, weil Überlebende der Shoah zu Opfern wurden. Der Anschlag auf das Jerusalemer Beth-Israel-Viertel im selben Monat und der auf die ultraorthodoxe Siedlung Emanuel im Dezember 2001 wurden als Versuch dargestellt, Judentum und Juden, ihre Religion, ihre Feste und Traditionen zu treffen. Gleiches galt auch für den Jerusalemer Anschlag im August 2003, bei dem vor allem Ultraorthodoxe getötet wurden, die plötzlich von explizit säkularen Israelis als „edelmütige Brüder“ umarmt wurden.

Nach den Anschlägen auf die Jerusalemer Cafés „Moment“ im März 2002 und „Hillel“ im Sommer 2003 sprachen die Medien von dem Versuch des fanatischen Islams, das sä-

*Disaster Marathons: A Danger for Democratic Processes?*, in: ders./J. Curran (Hrsg.), *Media, Ritual, and Identity*, London 1998; Menahem Blondheim/Tamar Liebes, *From Disaster Marathon to Media Event: Live Television's Communications. Lessons from September 11, 2001*, in: A. Michael Noll (Hrsg.), *Crisis Communications. Lessons from September 11*, London 2003; Tamar Liebes/Menahem Blondheim, *Myths to the Rescue, How Live Television Intervenes in History*, in: Eric W. Rothenbuhler/Mihai Coman (Hrsg.), *Media Anthropology*, London u. a. 2005.

<sup>12</sup> Vgl. zum Folgenden D. Witzthum (Anm. 8).

kulare Leben zu treffen. Man sprach von der liberalen Tradition des Rehavia-Viertels,<sup>13</sup> von der Emek-Refaim-Straße und ihrem besonderen Charakter in Jerusalems Stadtbild. Gleiches traf auch für den Anschlag auf das Tel Aviver Dizengoff Center oder auf das Fischrestaurant „See-Food-Market“ zu. Der Anschlag auf den Zionsplatz oder die Ben-Jehuda-Straße in Jerusalem im Jahr 2001 erinnerte die Medien an den Anschlagversuch auf das „Herz der israelischen Hauptstadt“ und an die Explosion zur Zeit des britischen Mandats. Nach dem Anschlag auf die Hebräische Universität am Skopusberg riefen führende Persönlichkeiten den fatalen Anschlag auf die Kolonne 1948 in Erinnerung. Nach den Anschlägen auf die Haifaer Restaurants „Maza“ im März 2002 und „Maxime“ Anfang Oktober 2003 – beide sind in gemischtem jüdisch-arabischen Besitz – sprach man von dem Versuch, der Koexistenz von Juden und Arabern in Haifa und in Israel überhaupt zu schaden. Nach dem Anschlag auf den alten Busbahnhof in Tel Aviv im Januar 2003 wurde über die in Israel lebenden ausländischen Arbeiter und deren Bezug zu Israel diskutiert, über ihre Nöte und das Dilemma, ihnen zu helfen oder sie zum Verlassen des Landes zu bewegen, sowie von der Problematik, der sich Verletzte und Zeugen gegenüber sahen, die sich illegal in Israel aufhielten.

In anderen Fällen berief sich der Staat auf Symbole, die mit dem Anschlag verbunden wurden. Nach dem Anschlag auf das Jerusalemer „Sbarro“-Restaurant im August 2001 wurde die Geschichte einer holländischen Familie erzählt, die ihr Schicksal mit Israel verband und drei Söhne bei dem Anschlag verlor. Es wurden auch die Geschichten der Eltern von Ermordeten ausgebreitet, die vom Innenministerium zur Ausreise gezwungen wurden. Nach dem Attentat auf Minister Rehavam Zeevi im Oktober 2001 erhielt ein rechtsextremistischer Minister plötzlich „Eigenstaatlichkeit“, wurde zur Gründungselite des Landes, stand allen und allem nah – dem Boden, der israelischen Geschichte und den Literaten. Bei anderen Anschlägen wurden herzerreißende Kindergeschichten erzählt. Dies traf insbesondere für den Jerusalemer Terroranschlag am 19. August 2003 zu, der umgehend als „Kinderanschlag“ titulierte wurde. Bei dem Anschlag auf ein Restaurant

in Haifa im Oktober 2003, in dem Familien zusammen am Sabbatabend aßen, wurden Geschichten von „ganzen Familien“ erzählt, die ausgelöscht wurden.

Den Orten der Anschläge oder dem gewählten Zeitpunkt wurden ebenfalls Bedeutungen beigemessen: Autobusse, Märkte und andere Orte, an denen sich vor allem Arme aufhalten, wie Tel Avivs alter Busbahnhof oder das Stadtzentrum von Beersheva, das im August 2004 von einem Anschlag heimgesucht wurde. Sie wurden zu Symbolen grausamen Terrors gegen einfache Menschen, gegen Alte, Ausländer und Mittellose. Dagegen klammerten die Medien bestimmte Gruppen von der Berichterstattung aus: Die Siedler hatten schon immer behauptet, dass den Medien ihr Schicksal und die vielen Anschläge in Judäa und Samaria gleichgültig waren – Gebiete, die von den Medien als „Niemandland“ angesehen werden, in dem Anschläge „natürlich“ oder gar gerechtfertigt seien. Die Entfremdung zwischen „Israelis“ und Nationalreligiösen, die seit dem einseitigen Rückzug aus Gush Katif (August 2005) und der gewaltsamen Räumung der Siedlung Amona (Februar 2006) sehr tief ging, riss bei dem Jerusalemer Anschlag auf die Talmudschule Merkaz ha-Rav im März 2008 wieder auf. Dieser Anschlag wurde ausgiebig, jedoch ohne emotionale Identifizierung behandelt.

Zudem bekam die negative Einstellung gegenüber Europa Aufwind, das als „antisemitisch“ galt. Dagegen identifizierte man sich verstärkt mit den Juden im Ausland, was vor Beginn von Intifada und Terror fast gar nicht mehr der Fall gewesen war. Auch die wohlwollende Einstellung gegenüber „normalen Beziehungen“ zu Deutschland ging zurück. Deutschland wurde in den Jahren der Intifada – zur Amtszeit von Gerhard Schröder – Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal Israels vorgeworfen, obgleich es historische Verantwortung trage. Außenminister Joschka Fischer revidierte diesen Eindruck durch häufige Israelbesuche und seine energischen Verurteilungen des Terrors. Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Israel im März 2008 besuchte, äußerte sich überaus israelfreundlich<sup>14</sup> und bewirkte eine Änderung. Dennoch

<sup>13</sup> So Arie Shavit in Haaretz vom 10. 3. 2002.

<sup>14</sup> Vgl. Fori-Umfragen sowie die Umfrage der EU-Delegation in Israel 2004; Merkels Rede (auf Deutsch) in der Knesset am 18. 3. 2008 wurde vom israelischen Fernsehen direkt übertragen.

ist die israelische Gesellschaft zur Schlussfolgerung gelangt, dass Israel von der internationalen Gemeinschaft mit seinem Schmerz allein gelassen wird. Die Medien trugen dazu bei, das Gefühl des „Opfers“, das Israel in jenen Jahren überkam, zu vertiefen.<sup>15</sup>

## Zusammenhalt des Kollektivs

Die Bedeutungen, die den meisten Terroranschlägen unmittelbar nach ihrem Eintreten verliehen werden, sind nicht politisch: Politiker vermeiden es, an den Ort des Geschehens zu gehen. Die Bedeutungen haben vielmehr symbolischen Charakter: Sie tragen zur Solidarität und zum Zusammenhalt des israelischen Kollektivs bei, ohne die politischen Beweggründe der Täter, ihrer Sendboten und Befürworter zu behandeln. Die Terroristen spielen den Medien in die Hände: Bin Laden nennt die Anschläge „Gottesdienst“, und für Hamas und ihre Partner sind Selbstmordattentäter „Shahiden“, ihr Kampf ein „Dschihad“. Sie sprechen von „Ketzern“ und Juden statt von Israel, drücken die Politik an den Rand und machen es Israelis leichter, im Zuge der Anschläge zu unpolitischen Schlussfolgerungen zu gelangen.

Die Medien, die Empathie, Trost, Teilnahme produzieren, Eintrittskarten zum „israelischen Stamm“ ausstellen und soziale Hierarchien und Schichtzugehörigkeiten (vorübergehend) aufheben, beginnen mit einem Prozess der Sinngebung für schmerzhaft und anonym erscheinende Vorfälle, die nicht so heroisch sind wie Kriege und Gefechte. Die Aufhebung der Trennung zwischen öffentlichem Bereich und Privatsphäre, die in der Berichterstattung einen zentralen Platz einnimmt, die Aufhebung von Hierarchien sind Ausdruck des Anspruchs der Medien, an der „Stunde nationaler Not“ teilhaben und „auf Augenhöhe“ von „uns“ und „ihnen“ (dem Establishment) berichten zu wollen.

Meinungsumfragen ergeben immer wieder, dass sich Israelis keineswegs entmutigt fühlen und mit ihrem Leben recht zufrieden sind.

<sup>15</sup> Gleiches hat sich parallel in den palästinensischen Gebieten ereignet: Die Medien gingen ähnlich wie die israelischen vor, wobei sich die Palästinenser als Opfer der israelischen Gewalt betrachten, ohne Verantwortung für die Terroristen, die aus den Gebieten kommen.

Die Mehrzahl der Israelis ist weiterhin konsequent für eine politische Lösung mit weitgehenden Zugeständnissen an die Palästinenser. Dazu gehören Verhandlungen mit der palästinensischen Autonomiebehörde (nicht mit Hamas) und die Räumung der Siedlungen. Gleichzeitig befürwortete eine große Mehrheit den Bau des Trennzauns und tut dies auch weiterhin.

Auch die palästinensische Gesellschaft zeigt trotz interner Kämpfe, trotz Blutvergießens, trotz Differenzen, Korruption, Fundamentalismus und der schlimmen wirtschaftlichen Lage keine Zeichen von Zusammenbruch, Aufstand oder einem Eingeständnis der Niederlage.<sup>16</sup> Während die Anschläge in Israel als Sondersendungen mit großem Einfluss ausgestrahlt werden, erscheint das, was in Israel als „Vergeltungsmaßnahme“, Terrorvereitelung, Liquidierung, als Schikanen an den Grenzübergängen und als Intifada-Vorfälle bezeichnet wird, im Rahmen der nationalen und regulären Nachrichten. Für sie treffen die medialen Rahmenbedingungen zu: Sie werden in wenigen Minuten von einem israelischen Korrespondenten abgehandelt und von israelischen Kommentaren begleitet. Dann geht der Sprecher zum nächsten Thema über. Die Schlussfolgerung ist eindeutig: Wir wissen alles über die Ereignisse – auch über die auf palästinensischer Seite –, entwickeln aber keine Empathie, Solidarität und Anteilnahme.

Die Demokratie in Israel steht vor einer der schwierigsten Herausforderungen ihrer Geschichte. Kriege und deren soziale und politische Bedeutung sind nicht mehr gegen Staaten und Armeen gerichtet, sondern bedrohen mit Hilfe einer neuen Kampfführung die Fähigkeit der Gesellschaft, demokratisch zu bleiben. Die Kultur des Terrors und deren Bedeutung schafft Bedrohungen, die kein externer, sondern ein interner Feind sind. Zur Zeit, da diese Zeilen verfasst werden, ist unklar, ob wir sie überwinden werden.

<sup>16</sup> Vgl. David Witzthum, Die israelisch-palästinensische Konfrontation und ihre Widerspiegelung in der öffentlichen Meinung Israels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2004) 20, S. 29–37.



Anthony D. Kauders

# Die westdeutschen Juden und der Staat Israel

In einer seiner unzähligen Satiren macht sich der aus Ungarn stammende israelische Humorist Ephraim Kishon über die Beziehung zwischen Juden in der Bundesrepublik und dem Staat Israel lustig. Obgleich Kishon es vermeidet, den Schauplatz zu benennen, entgeht dem aufmerksamen Leser nicht, dass seine Erzählung in einer jüdischen Gemeinde

**Anthony D. Kauders** Dr., B.A., M.A., DPhil., geb. 1967; Lecturer in European History, Keele University, Keele, Staffordshire ST5 5BG, England/UK. a.d.kauders@his.keele.ac.uk

Westdeutschlands in der Zeit nach dem Sechstagekrieg (1967) spielt. Vor diesem Hintergrund wird die exemplarische Figur des Herrn Holzer eingeführt, ein Mitglied der Gemeinde, der als

Gastgeber eines israelischen Autors in Erscheinung tritt. Herr Holzer ist mit dieser Aufgabe eindeutig überfordert, so dass ihm keine Zeit für diplomatische Feinheiten bleibt, die von der wichtigsten Botschaft, die er seinem Gast vermitteln möchte, ablenken würden – nämlich, dass Juden in Westdeutschland emotional, finanziell und auch sonst Israel verbunden bleiben. Er redet pausenlos auf seinen zweifellos ebenso überforderten Besucher ein: „Wir haben gehört, daß Sie ein Schriftsteller aus Israel sind, seien Sie willkommen, haben Sie schon zu Abend gegessen, ich kenne ein griechisches Restaurant, ich habe ein Kleidergeschäft, ich kam nach dem Krieg aus Polen hierher, der Spediteur Michael Holzer in Haifa ist mein Schwager, ich war schon dreizehnmal in Israel, wunderbar, räumen Sie nicht den Golan, alle Antisemiten sollen sich aufhängen, wir spenden jedes Jahr, diesen Blumenstrauß schickt unser Rabbiner.“<sup>1</sup>

Diese Zeilen charakterisieren die Gefühle westdeutscher Juden gegenüber Israel in den ersten Jahrzehnten nach dem Holocaust. Sie

enthüllen sowohl das schlechte Gewissen, das viele Juden in der Bundesrepublik quälte, als auch die Mittel, mit der viele dieser Juden ihre Schuldgefühle abzuschwächen suchten. Sicherlich lag die Bindung an Israel zu einem erheblichen Teil in anderen Faktoren wie religiösen Traditionen, dem Siegeszug des Zionismus in der Nachkriegszeit und persönlichen Verbindungen begründet. Dennoch waren die überall vorhandenen Schuldgefühle gegenüber Israel stark genug, die Art der Beziehung westdeutscher Juden zum israelischen Staat zu beeinflussen. Um welche Empfindungen handelt es sich?

## Auch eine Frage der Schuld

Schuldgefühle (oder ein schlechtes Gewissen) bedürfen keines unmittelbaren Publikums, um zu entstehen oder zu schwären. Sie sind nicht abhängig davon, dass man gesehen, entdeckt oder mitten in einer fragwürdigen Situation ertappt worden ist. Sie können daher in einer von anderen menschlichen Wesen freien Umgebung existieren, und sie können von einem Ort an einen anderen transportiert werden. Jemand, der sich schuldig fühlt, glaubt, etwas Falsches getan zu haben. Jemand, der sich für etwas schämt, glaubt nicht nur, etwas Falsches getan zu haben; er oder sie ist sogar überzeugt, ein schlechter Mensch zu sein. Während Scham die ganze Person betrifft, bezieht sich Schuld auf das Handeln eines Einzelnen.<sup>2</sup>

Dass sie nach dem Holocaust noch in Deutschland lebten, betrachteten viele Juden selbst als inakzeptables Verhalten. Sie brauchten niemanden, der sie an diese „Tatsache“ erinnerte hätte, so sehr hatten sie diese weltweit unter Juden verbreitete Sichtweise verinnerlicht. Dementsprechend bedurfte ihr „Vergehen“ keines unmittelbaren, zensierenden Pu-

*Übersetzung aus dem Englischen: Jaiken Struck und Kate Vanovitch, South Petherton, England/UK.*

<sup>1</sup> Ephraim Kishon, Siehe, das Volk wird abgeschieden leben, in: Ideologie für den Hausgebrauch. Das Kamel im Nadelöhr, München-Wien 1985, S. 90 f.

<sup>2</sup> Vgl. Bernard Williams, Shame and Necessity, Berkeley-Los Angeles-London 1993, S. 78 f., S. 83, S. 89; Jon Elster, Alchemies of the Mind. Rationality and the Emotions, Cambridge 1999, S. 151 f.; Martha C. Nussbaum, Hiding from Humanity. Disgust, Shame, and the Law, Princeton 2004, S. 184, S. 207 f.; Richard Wollheim, Emotionen. Eine Philosophie der Gefühle, München 2001, S. 185.

blikums, das ihr Verhalten als illegitim ausgelegt hätte. Trotzdem erkannten die meisten Juden in Westdeutschland, dass ihr „Fehler“ korrigiert wäre, wenn sie sich entschlossen, das Land endgültig zu verlassen. Wäre eine Wiedergutmachung durch Auswanderung erst erreicht, würden auch die Schuldgefühle verschwinden.

Obwohl sich die meisten Juden in der Bundesrepublik bewusst waren, dass ihre Entscheidung, zu bleiben, zumindest fragwürdig war, wurden sie dennoch wiederholt an ihren „Affront“ erinnert. Hannah Arendts Bemerkung gegenüber Gertrud Jaspers, der jüdischen Ehefrau des berühmten Heidelberger Philosophen, war ein vergleichsweise harmloses Beispiel für diese Haltung, aber die Zielrichtung war unmissverständlich: „Wie man es aber aushält, dort als Jude zu leben in einer Umwelt, die über ‚unser‘ Problem, und das sind ja heute unsere Toten, nicht einmal zu sprechen geruht, weiß ich auch nicht.“<sup>13</sup> Andere Stimmen waren weniger taktvoll. Gerschom Scholem, um ein weiteres Beispiel zu nennen, äußerte seinen Unglauben in einem Brief an den Historiker Hans-Joachim Schoeps, der aus dem Exil in Schweden nach Westdeutschland zurückgekehrt war. Im November 1949 schrieb Scholem über sein Erstaunen, wie jemand es wagen konnte, in dem blutgetränkten Land zu atmen.<sup>14</sup>

Jüdische Schuldgefühle in Deutschland – anfangs verursacht durch die ganz persönliche Entscheidung, zu bleiben – wurden durch die vielen Mahnungen, das „gottverdammte“ Land zu verlassen, verstärkt. Juden, die es vorerst ablehnten, Deutschland zu verlassen, versuchten durch eine nahezu bedingungslose Identifizierung mit Israel den von ihnen verursachten „Schaden“ auszugleichen. Mit anderen Worten: Sie verpflichteten sich, Schadensersatz zu leisten – nicht, indem sie ihren

„unreinen“ Wohnort verließen, sondern vielmehr, indem sie sich finanziell und ideologisch einem Land verpflichteten, das zur „jüdischen Heimat“ geworden war. In einigen Extremfällen, etwa während des Sechstageskriegs und danach, gingen jüdische Funktionäre sogar so weit, andere Juden wegen angeblich mangelnder Loyalität dem jüdischen Staat gegenüber anzuprangern. Diese Offiziellen versuchten, eine Schamgemeinschaft zu erschaffen, wo vorher eine Schuldgemeinschaft bestanden hatte. Falls sie damit erfolgreich waren – was schwer festzustellen ist –, so waren sie es nur für kurze Zeit. Bald darauf begann eine jüngere Generation westdeutscher Juden, die in ihren Augen übermäßige Fixierung auf Israel in Frage zu stellen, wodurch ein Prozess ausgelöst wurde, der in einer kritischeren Haltung in den 1980er Jahren seinen Höhepunkt finden sollte.

## Israel als Heimat, Juden als Vermittler

In der Nachkriegszeit wurde Palästina/Israel zur tatsächlichen oder ideologischen Heimat für viele Tausend Juden aus dem kriegsgeplagten Europa. Mit der Unabhängigkeit des Staates Israel im Mai 1948 mussten sich die meisten Juden in Deutschland mit immer größerer Dringlichkeit fragen, welche Gründe es noch gab, das offenbar Unvermeidliche hinauszuschieben: die Emigration ins Heilige Land. Einige Juden argumentierten, ihr gesundheitlicher Zustand ließe ein solch anstrengendes Unterfangen nicht zu. Andere waren schlicht zu alt, einen Neuanfang an einem fernen und weitgehend unwirtlichen Ort zu wagen. Wieder andere hatten den Holocaust aufgrund ihrer nichtjüdischen Ehepartner überlebt oder verliebten sich nach dem Krieg in nichtjüdische Deutsche. So unterschiedlich die Motive, die sie zur Verteidigung ihrer Entscheidung anführen konnten, auch waren: Die meisten Juden einte die Überzeugung, dass Deutschland weder eine emotionale Heimat noch ein Gefühl der Sicherheit bieten könne – jedenfalls nicht in naher Zukunft. Es lag nahe, Israel als primäre Identitätsquelle, oder, wie es Dan Diner formuliert, als „Identitätsersatz“ zu betrachten.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Brief vom 30. 5. 1946, in: Hannah Arendt/Karl Jaspers, Briefwechsel 1926–1969, hrsg. von Lotte Köhler/Hans Sahrer, München 1993, S. 77.

<sup>14</sup> Vgl. Brief vom 6. 11. 1949, in: Gerschom Scholem, Briefe II. 1948–1970, hrsg. von Thomas Sparr, München 1995, S. 14; für weitere Beispiele vgl. Micha Brumlik, *The Situation of the Jews in Today's Germany*, in: Y. Michal Bodemann (Hrsg.), *Jews, Germans, Memory: Reconstructions of Jewish Life in Germany*, Ann Arbor 1996, S. 6, und Shlomo Shafir, *Ambiguous Relations: The American Jewish Community and Germany since 1945*, Detroit 1999, S. 114–117.

<sup>15</sup> Dan Diner, *Negative Symbiose – Deutsche und Juden nach Auschwitz*, in: Micha Brumlik/Doron Kiesel/Cilly Kugelmann/Julius Schoeps (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945*, Frankfurt/M. 1988, S. 243.

Wie überzeugt die Juden in Westdeutschland diese Sichtweise auch vertraten, sie konnten kaum Mitgefühl von ihren Glaubensbrüdern anderswo erwarten. Insbesondere nach 1948 deuteten viele Israelis an, dass Juden, die im „Land der Mörder“ geblieben waren, dies aus zweifelhaften Gründen getan hätten. Der israelische Konsul in München beispielsweise war überzeugt davon, dass jene Juden „ein von einer idealistischen Haltung weit entferntes Element“ seien. In einem Schreiben an das israelische Außenministerium mutmaßte Eliahu Livneh im November 1949, dass jüdische Interessen in Deutschland sich auf „Geld und Profit“ richteten und dass die „einzige Grundlage“ der Existenz von Juden im Land „Kaltschnäuzigkeit und Kontoguthaben“ seien.<sup>16</sup>

Der Präsident der Jewish Agency in München brachte im August 1950 ähnliche Überlegungen vor. An Livneh gerichtet fasste er seine Gefühle folgendermaßen zusammen: „Der Verfall, der sich bei den Juden Deutschlands, vor allem unter den Geschäftsleuten, breitgemacht hat, macht es notwendig, eine Trennung zwischen der zionistischen Bewegung und ihren Institutionen einerseits und der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland andererseits durchzuführen, da wir uns außerstande sehen, das Fortbestehen eines ehrbaren jüdischen Lebens in Deutschland zu sichern.“<sup>17</sup> Ein Jahr darauf vertrat die New Yorker Zeitung „Aufbau“ die Meinung, eine rasche Emigration von Deutschlands „opportunistischen“ Juden sei ganz im Sinne sowohl der Deutschen als auch der Juden selbst.<sup>18</sup> Das Ausmaß, mit dem diese Ansicht die Phantasie der Menschen ergriff, war bemerkenswert. Selbst 1998 noch wiederholte der Mitbegründer des Zentralrats der Juden in Deutschland, Norbert Wollheim, dasselbe Märchen in einem Interview mit dem deutsch-jüdischen Journalisten Richard Chaim Schneider. Ohne Gewissensbisse zu zeigen, behauptete er, dass viele Juden nur in der Bundesrepublik geblieben seien, weil sie

an den „Fleischtöpfen Ägyptens“ gegessen und sie „genossen“ hätten.<sup>19</sup>

Angesichts dieses Ressentiments konnten zahlreiche Juden nicht einfach darauf beharren, dass Israel ihre wahre Heimat sei – sie mussten es beweisen. In unzähligen Sendschreiben, Bekanntmachungen und Vorträgen führten jüdische Vertreter die Bedeutung Israels für die Juden in Deutschland aus. Um nur ein Beispiel zu nennen: Karl Marx, Gründer und von 1946 bis 1966 Herausgeber der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden“, war daran interessiert, dass er und andere als unerschütterliche Anhänger der zionistischen Sache anerkannt wurden. In einer seiner vielen Darstellungen des Sachverhalts schrieb Marx im Oktober 1951, dass die Juden in Deutschland sich dem „israelischen Volk und der israelischen Regierung“ tief verbunden fühlten und als „national gesinnte“ Juden und Teil des „nationalen Judentums“ wahrgenommen werden wollten.<sup>10</sup> Wann immer Marx seine „nationale“ Gefolgstreue oder die des deutschen Judentums beschwor, bezog er sich stets auf Israel.

Ungeachtet dieser Beteuerungen blieben Zehntausende Juden in Deutschland – eine Tatsache, die nicht recht mit dem zionistischen Verständnis von Heimat in Einklang zu bringen war. Folglich sahen sich die Juden in Deutschland gezwungen, über bloße Loyalitätsbekundungen hinauszugehen; wollten sie in Israel und der jüdischen Welt akzeptiert werden, mussten sie ihre Unterstützung auf greifbarere Weise zeigen. Ein Weg, sowohl die eigenen Schuldgefühle zu lindern als auch die schärfsten Kritiker im Ausland zu beschwichtigen, war die Behauptung, Juden würden in der Bundesrepublik als Vermittler zwischen Deutschen und Israelis gebraucht. Diese Vorstellung war zwar eine sehr idealistische und theoretische Annäherung an das Problem, aber sie klang überzeugend genug in den Ohren jener, die sie in den ersten Jahrzehnten nach dem Holocaust aufgebracht hatten.

<sup>16</sup> Tamara Anthony, *Ins Land der Väter oder der Täter? Israel und die Juden in Deutschland nach der Schoah*, Berlin 2004, S. 154. Siehe auch Meron Mendel, *The Policy for the Past in West Germany and Israel: The Case of Jewish Remigration*, in: Leo Baeck Year Book 2004, S. 129.

<sup>17</sup> T. Anthony (Anm. 6), S. 170.

<sup>18</sup> Ebd., S. 102, Fn. 173.

<sup>19</sup> Norbert Wollheim, *Wir haben Stellung bezogen*, in: Richard Chaim Schneider, *Wir sind da! Die Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis heute*, München 2000, S. 119.

<sup>10</sup> Vgl. *Jüdische Arbeit in Deutschland. Konstellation und Aufgaben der jüdischen Organisationen*, in: *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland (AWJD)* vom 26. 10. 1951, S. 5. Siehe auch Volk unter Völkern – Staat unter Staaten. Zum 3. Jahrestag der Staatsgründung Israels, in: ebd. vom 11. 5. 1951, S. 1.

Marx gehörte zu den lautstärksten Verfechtern dieser Haltung. Im Oktober 1951 vertrat er die Ansicht, die Juden in Deutschland sollten eine Rolle als Vorposten oder „Mittler (...) zwischen den Deutschen (...) und den Juden in aller Welt, vor allem aber in Israel“<sup>11</sup> einnehmen. Ähnliche Gedanken gingen von Leopold Goldschmidt aus, dem Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main und leitendem Funktionär der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. In der Diktion der Zeit warb Goldschmidt für allgemeine „völkerverbindende Postulate“. Auf diese Weise, so behauptete er, könnten die Juden in Deutschland als perfekte Vermittler fungieren, da sie auf der einen Seite religiöse, historische und „rassische“ Verbundenheit mit allen Juden und auf der anderen Seite eine bürgerliche Bindung an den westdeutschen Staat vereinten.<sup>12</sup>

Karl Marx besaß nicht nur die bedeutendste jüdische Zeitung im Lande, er leitete außerdem die Zionistische Organisation in Deutschland (ZOD). Auch in dieser Eigenschaft war Marx fest davon überzeugt, dass die westdeutschen Juden in der jüdischen Welt als gleichberechtigt, nicht als ausgestoßen behandelt werden sollten. Im Jahr 1957 sandte er ein Streitbares Schreiben an Organisationen und Einrichtungen jüdischer Gemeinden in der Bundesrepublik, in dem er erklärte, „die gesamte jüdische Gemeinschaft in Deutschland“ habe „mit nur wenigen Ausnahmen“ ihre Loyalität gegenüber Israel demonstriert und sei weiterhin bereit, „für Israel alles zu tun“.

Diese Anstrengungen verfrachten jedoch in internationalen zionistischen Kreisen nicht. Die Zionistische Weltorganisation (WZO) hatte den Antrag der ZOD auf Mitgliedschaft abgelehnt und damit signalisiert, dass der deutsche Zionismus nicht ernst genommen wurde. Nach unzähligen aussichtslosen Loyalitätsbekenntnissen erklärte Marx, fortan sämtliche Veröffentlichungen zionistischer Organisationen in der „Allgemeinen Wochenzeitung“ ablehnen zu müssen, darunter auch Anzeigen und Gesuche vom Keren Kayemeth L'Israel (Israelischer National-

fonds/Jewish National Fund), vom Keren Hayessod (Israelischer Gründungsfonds bzw. Vereinigte Israel Aktion/United Israel Appeal) und vom Youth Aliyah.<sup>13</sup> Somit war es zionistischen Organisationen verwehrt, in der bedeutendsten jüdischen Zeitschrift Deutschlands zu publizieren. Damit nicht genug: Marx reagierte auf weitere Kränkungen 1957 mit der Kündigung seiner Mitgliedschaft im Keren Hayessod und mit seinem Rücktritt vom Vorsitz des ZOD im Jahre 1959.<sup>14</sup>

Es mag sich hier um voreilige Reaktionen auf die israelische Gleichgültigkeit und Feindseligkeit gehandelt haben, doch machen sie deutlich, wie vielen Schwierigkeiten sich selbst lautstarke Befürworter des westdeutschen Zionismus durch die Zurückweisungen ausgesetzt sahen – umso mehr, wenn diese Brückierungen mit den außerordentlichen Bemühungen seitens der westdeutschen Juden um die Unterstützung des Staates Israel zusammenfielen. Dieser eher unangenehmen Erfahrungen hätte es gar nicht bedurft, um Marx und andere für weitere pro-israelische Aktivitäten zu gewinnen, diesmal auf finanzieller Seite. Auch die jüdische Gemeinschaft in Westdeutschland erntete die Früchte des „Wirtschaftswunders“ und betrachtete es als Selbstverständlichkeit, einige der Gewinne an seine weniger begünstigten Glaubensbrüder im Heiligen Land weiterzureichen. Gleichwohl könnte man mutmaßen, dass die finanzielle Hilfeleistung vieler Juden in den 1960er und 1970er Jahren auch das Bedürfnis nach Beruhigung der Gewissensbisse und Schuldgefühle reflektierte, die fortwährend durch Vorwürfe aus Israel und von anderer Stelle her gespeist wurden.

## Gefolgschaftsrituale

Auf die verbesserte wirtschaftliche Lage der jüdischen Gemeinden Westdeutschlands in den 1960er Jahren folgte mit großer Selbstverständlichkeit die finanzielle Unterstützung Israels. Selbst ohne äußeren Druck halfen westdeutsche Juden dem jungen Staat, nicht zuletzt deshalb, weil Israel zu diesem Zeitpunkt unter schweren ökonomischen Problemen litt: Zum ersten Mal seit 1948 überstieg die Zahl der israelischen Emigranten die der jüdischen Einwanderer. In dieser Lage fühl-

<sup>11</sup> Jom Kippur – Tag der Versöhnung – Tag der Be-sinnung, in: AWJD vom 5. 10. 1951, S. 1.

<sup>12</sup> Jüdische Aufgaben in Deutschland, in: AWJD vom 16. 5. 1952, S. 1.

<sup>13</sup> Vgl. ZA (Zentralarchiv zur Erforschung der Juden in Deutschland) B. 1./7., 581, 9. 8. 1957.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., Brief vom 19. 8. 1957.

ten sich Juden in aller Welt verpflichtet, Israel Hilfe zu leisten.

Zur selben Zeit verließen sich zionistische Organisationen nicht länger auf das Wohlwollen potentieller Spender. Statt dessen wiesen sie Spendensammler an, Gelder von Gemeinden und einzelnen Gemeindemitgliedern einzutreiben. Diese Agenten waren nicht im Geringsten abgeneigt, die bei den Kampagnen gesammelten Gesamtbeträge zu vergleichen, diejenigen zu loben, die mehr als die „Pflichtsumme“ gespendet hatten und jene, deren Beiträge hinter den Erwartungen zurückblieben, anzuprangern.<sup>15</sup> Die Führungspersönlichkeiten der westdeutschen Juden fühlten sich genötigt, die Leistungen gegenüber dem jüdischen Staat mehr denn je anzupreisen.

Der Zentralrat erstellte Ranglisten, um nachzuweisen, wie viele seiner Mitglieder zur zionistischen Sache beigetragen hatten. Im August 1967, etwa zwei Monate nach dem Sechstagekrieg, unterrichtete Generalsekretär Hendrik van Dam seinen damaligen Assistenten Werner Nachmann davon, dass die westdeutschen Juden die Liste in Bezug auf die Gesamtspendensumme pro Gemeindemitglied anführten. Seinen Berechnungen (die kaum überprüfbar sind) zufolge trugen die Juden in der Bundesrepublik pro Kopf 250 US-Dollar bei, in den Vereinigten Staaten im Vergleich dazu nur 30 US-Dollar. Van Dam versäumte es nicht, hinzuzufügen, dass die britischen Juden trotz des „großen englischen Reichtums“ die US-Zahlen nur annähernd erreichten.<sup>16</sup> Darüber hinaus verzichtete Van Dam nicht darauf, einem Gesandten der israelischen Botschaft in Bonn von diesen Erkenntnissen zu berichten, und erklärte, die Ergebnisse für Westdeutschland seien wirklich ganz ausgezeichnet und blieben von jeder anderen jüdischen Gemeinschaft in der Welt unerreicht. Van Dam führte weiter aus, dass all dies trotz der finanziellen Belastung durch die Immigration osteuropäischer Juden nach Westdeutschland geleistet worden sei.<sup>17</sup>

Mit derartigen Ranglisten sollte stets gezeigt werden, dass bestimmte Ansprüche erfüllt worden sind. In diesem Fall handelte es

<sup>15</sup> ZA B. 1/2., 51, Mendel K. an „Magbit-Askanim, Gemeindevertreter und Magbit-Komitees in Deutschland“, 3. 3. 1967, S. 3.

<sup>16</sup> ZA B. 1/7., 466, van Dam an Nachmann, 1. 8. 1967.

<sup>17</sup> Ebd., van Dam an A. Iden, 25. 8. 1967.

sich bei den Adressaten nicht nur um die jüdische Öffentlichkeit im Ausland oder zionistische Repräsentanten in Berlin, München oder Frankfurt; der Adressat war auch das eigene Gewissen. Tatsächlich reichte dies einigen Gemeindevertretern nicht: Um ihre Schuldgefühle zu beruhigen, waren sie bereit, diejenigen Gemeindemitglieder einzuschüchtern und sogar zu brandmarken, deren Verhalten den Ruf der westdeutschen jüdischen Gemeinschaft und folglich den seiner Eliten zu gefährden schien.

Dieser Druck wurde auf zwei Arten ausgeübt. In der ersten Phase appellierten die Funktionäre und zionistischen Aktivisten entweder an das „jüdische Gewissen“, oder aber sie konzentrierten sich auf einzelne Gemeindemitglieder, die sie ermahnten, ihren Beitrag für die Sache zu leisten – und das bedeutete meist, eine in den Augen der Spendensammler angemessene Summe beizusteuern. Diese Versuche waren in der Regel auf allgemeine Appelle oder Einzelgespräche beschränkt, sodass der Prozess der Spendenwerbung und -zusage anonym blieb. Die zweite Phase folgte der ersten immer dann, wenn Gemeindemitglieder sich dem Druck nicht beugen wollten. In solchen Fällen informierten die Offiziellen die jüdische Öffentlichkeit über das inakzeptable Verhalten und riefen die anderen Gemeindemitglieder auf, den/die Zuwiderhandelnden zu ächten.

In Dortmund bat das Organisationskomitee der Aktion „Hilfe für Israel“ alle Gemeindemitglieder, sich zu fragen, ob sie sich durch Spendenversprechen an der Aktion beteiligt hätten, und falls ja, ob ihre Spende in Anbetracht der Notlage des israelischen Volkes sowie der eigenen finanziellen Möglichkeiten tatsächlich angemessen sei. Da das Komitee weder in der Lage war, die „wirklichen Möglichkeiten eines jeden Einzelnen“ einzuschätzen, noch willens, Sanktionen zu ergreifen, falls „auch dieser letzte Appell unerhört verhallen“ sollte, wurde der Vorschlag gemacht, dass alle Mitglieder sich auf gewissenhafte Weise selbst mit der Frage auseinandersetzen sollten.<sup>18</sup>

In einem Brief an Gemeindemitglieder, deren finanzielle Entscheidung angeblich zu

<sup>18</sup> Vgl. ZA B. 1/2., 170, Komitee „Hilfe für Israel“, Kultusgemeinde Groß-Dortmund, 3. 8. 1967, „Liebes Mitglied (. . .)“.

wünschen übrig gelassen hatte – jedenfalls in den Augen der zionistischen Aktivisten –, können wir einen ähnlichen Ansatz erkennen, nämlich individuelle Einschüchterungen anstelle von kollektiven Verurteilungen. Henry O. vom Keren Hayessod schrieb: „Sie haben seinerzeit eine Spende von 2.500,- DM [der Betrag ist variabel, A.K.] geleistet, die in keiner Weise Ihren wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht und weit unter dem liegt, was Personen gezahlt haben, die in weit schlechteren Verhältnissen leben. Der Betrag von 2.500,- DM wird als absolut ungenügend und unangemessen vom Präsidium betrachtet. Deshalb bin ich beauftragt, Ihnen gemäß Anlage den Betrag zurück zu überweisen.“<sup>19</sup>

Wenn diese Maßnahmen nicht ausreichten, gingen Gemeindeoffizielle dazu über, den „Missetätern“ Daumenschrauben anzulegen, in der Hoffnung, dass mit Schamgefühlen mehr zu erreichen sei als mit Schuldgefühlen. Am 19. Juni 1967 verlangte der Solidaritätsfonds für Israel in einer Erklärung, dass es Repräsentanten jüdischer Gemeinden und Institutionen in Westdeutschland, deren Engagement unzureichend gewesen war, verboten werden sollte, „ein Ehrenamt innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland zu bekleiden“.<sup>20</sup> Der Vorstand der Frankfurter Gemeinde äußerte sich ähnlich abschätzig gegenüber diesen „schwarzen Schafen“ und verglich ihr Verhalten gar mit „Beihilfe zum Mord“.<sup>21</sup>

Die kollektiven Schuldzuweisungen erreichten ihren Höhepunkt im Frühjahr und Herbst des Jahres 1969, als die jüdischen Gemeinden in München und Frankfurt in Absprache mit dem Keren Hayessod die folgende Resolution verabschiedeten: „Alle Solidaritätsfondszahler sollen 1. keiner gesellschaftlichen Einladung derjenigen Personen Folge leisten, die sich nicht an der Solidaritätsaktion 1968 beteiligt haben und somit *das jüdische Volk und den Staat Israel in schwerer Stunde im Stich gelassen haben*, 2. keine Einladungen an sie ergehen lassen, 3. keinerlei Einladungen annehmen, zu denen diese Personen geladen sind. 4. Dieser Beschluß soll

sich auch auf Festlichkeiten (. . .), die in Israel und im Ausland stattfinden, erstrecken.“<sup>22</sup>

## Wandel und neue Orientierungen

Selbst wenn jüdische Schuldgefühle bezüglich Israel bis heute fortbestehen, brachte die Entwicklung seit den 1970er Jahren eine differenziertere Einstellung mit sich. Zum einen hatte die Studentenbewegung junge Juden wie Micha Brumlik und Dan Diner veranlasst, den sakrosankten Status Israels im westdeutschen jüdischen Leben kritisch zu sehen. Sie bedienten sich nicht nur linksgerichteter, antiimperialistischer Rhetorik, sondern sie begannen auch, ihre eigene jüdische Sozialisation in der Bundesrepublik in Frage zu stellen. Indem sie eine universalistische Ideologie mit einer spezifischen Kritik an Gemeindeinstitutionen verbanden, fingen sie an, Grundsätze des zionistischen Unterfangens zu überdenken.

Zum anderen wurden Gemeindevertreter gezwungen, einzugestehen, dass das unaufhörliche Gerede über „ungepackte Koffer“ nicht länger auf das westdeutsche jüdische Leben zutraf. Vielmehr hatte diese Art der Diskussion von vornherein ein gedeihliches Gemeinschaftsleben behindert, indem sich die Debatte um den vorübergehenden Charakter jüdischen Daseins in der Bundesrepublik gedreht und dabei das Hauptaugenmerk auf den unmittelbar bevorstehenden Exodus nach Israel gerichtet hatte. Wenn auch nicht in gleichem Maße, versuchten sowohl junge Rebellen wie auch alte Funktionäre das Gleichgewicht wiederherzustellen, indem sie auf eine stärkere Betonung religiöser und kultureller Erziehung drängten, damit sich die jüdische Gemeinschaft nicht in Folge von Gleichgültigkeit, Mischehen und Auswanderung auflöse.

Dieser Kurswechsel brachte kein Ende der Schuldgefühle mit sich – schließlich gehört die deutsche jüdische Gemeinschaft bis heute weltweit zu den überzeugtesten Unterstützern Israels. Er bedeutete jedoch, dass Figuren wie Herr Holzer, dem wir in Ephraim Kishons Kurzgeschichte begegneten, langsam aber sicher verschwanden.

<sup>19</sup> ZA B. 1/7. 466, Henry O. an Oskar F., 11. 12. 1967.

<sup>20</sup> Ebd., I.E. Lichtigfeld an alle jüdischen Gemeinden in Deutschland, 21. 6. 1967.

<sup>21</sup> Ebd., Vorstand der Gemeinde Frankfurt, Betr. Solidaritätsfonds für Israel, „An alle Mitglieder“, 24. 6. 1967.

<sup>22</sup> ZA B. 1/2., 52, Solidaritätsfonds für Israel, Frankfurt/M., 28. 3. 1969, und Solidaritätsfonds für Israel, München, September 1969; Hervorhebung im Original.

# APuZ

Nächste Ausgabe 18–19/2008 · 28. April 2008

## Ältere: Gesellschaftliches Potential!

*Bruno Schrep*

Hoffnung trotz Jugendwahn

*Günther Schmid · Miriam Hartlapp*

Aktives Altern in Europa

*Susanne Kraatz · Cornelia Sproß*

Beschäftigungspolitik für Ältere: Deutschland und die Nachbarn

*Hartmut Seifert*

Altersgerechte Arbeitszeiten

*Judith Kerschbaumer · Evelyn Räder*

In Arbeit bleiben – wieder in Beschäftigung kommen

*Ralph Conrads · Ernst Kistler · Thomas Staudinger*

Alternde Belegschaften und Innovationskraft der Wirtschaft

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.



### Redaktion

Dr. Katharina Belwe  
Dr. Hans-Georg Golz  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Dr. Ludwig Watzal

Redaktionelle Mitarbeit:  
Johannes Piepenbrink (Volontär)

Telefon: (0 18 88) 5 15-0  
oder (02 28) 9 95 15-0

### Internet

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

### Druck

Frankfurter Societäts-  
Druckerei GmbH,  
60268 Frankfurt am Main.

### Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift  
*Aus Politik und Zeitgeschichte*
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung einschließlich  
*APuZ* zum Preis von Euro 19,15  
halbjährlich, Jahresvorzugspreis  
Euro 34,90 einschließlich  
Mehrwertsteuer; Kündigung  
drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81,  
60327 Frankfurt am Main.  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
[parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de)

Die Veröffentlichungen  
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*  
stellen keine Meinungsäußerung  
der Herausgeberin dar; sie dienen  
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke herge-  
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

*Avram Kantor*

## 3-5 **Ich bin Israeli**

Es wäre mir nie in Sinn gekommen, dass ich schon allein durch mein Aussehen als Israeli identifiziert werden könnte – bis zu dem Tag, als der Fahrer eines vorbeifahrenden Autos in Rom den Kopf aus dem Fenster steckte und mir auf Hebräisch zurief: „Aus welchem Kibbutz?“

*Fania Oz-Salzberger*

## 6-12 **Die Zukünfte der israelischen Gesellschaft**

Israel hat viele Zukünfte. Welche davon Gestalt annehmen wird, hängt von globalen, regionalen und lokalen Entwicklungen ab, von denen manche einigermaßen vorhersagbar, andere völlig unvorhersagbar sind. Die Zukunftsperspektiven für den Staat Israel pendeln zwischen Wunschdenken und Alptraumszenario.

*Gerald M. Steinberg*

## 12-19 **Asymmetrie, Verwundbarkeit und die Suche nach Sicherheit**

Die Bedrohung durch den Iran und die anhaltenden Terroranschläge belegen, dass das israelische Sicherheitsumfeld auch nach 60 Jahren gefährlich und instabil ist. Andererseits kann Israel nach 60 Jahren Krieg und Terror in dem Wissen zurückblicken, diesen Bedrohungen getrotzt zu haben.

*Idith Zertal*

## 20-26 **Sünde und Strafe: Israel und die Siedler**

Der Dämon der jüdischen Siedlungen in den seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebieten sucht sowohl die israelische wie die palästinensische Gesellschaft weiter heim. Große Mehrheiten beider Gesellschaften kennen keine andere Realität und können sie sich heute auch nicht vorstellen.

*David Witzthum*

## 27-32 **Israels Medien in Zeiten der Not**

60 Jahre nach der Staatsgründung sind Israels Medien an einen Scheideweg gelangt, sowohl, was ihr Verhältnis zum Staat und zur Regierung betrifft, die sich in einer Krise befindet und unpopulär ist, als auch in Bezug auf die eigene Identität. Sie tragen zur Solidarität des bedrohten Kollektivs bei.

*Anthony D. Kauders*

## 33-38 **Die westdeutschen Juden und der Staat Israel**

Aus Sorge um den Staat Israel errichteten einige Juden in der Bundesrepublik eine Gemeinschaft der Scham, um ihre bedingungslose Bindung an den jüdischen Staat auszudrücken. Diese Juden waren um ihr Ansehen in der jüdischen Welt wie auch das der westdeutschen jüdischen Gemeinschaft besorgt.